

Zeitschrift für
aktuelle Fragen

kultur

elemente

Herausgegeben von der
Distel – Vereinigung

Poste Italiane s.p.a.
Spedizione in Abbonamento
Postale - 70 %
NE Bolzano

Nr. 128
2016

Euro 3,50

www.kulturelemente.org
info@kulturelemente.org
redaktion@kulturelemente.org



Vittoriano Viganò, Sommerhaus, Portese

Foto: Werner Feiersinger

Im Herbst findet das Reformreferendum statt, das über Premierminister Matteo Renzis umfassende Staats- und Wirtschaftsreformen entscheiden soll. Eine ausgewogene Sichtweise auf die aktuelle italienische Regierung muss ihr Kredit einräumen, denn ihre Reformen sind Ernst gemeint. Renzi will die zweite Republik durch Struktur- und Systemreformen überwinden und in eine dritte Republik überführen. Aber er darf dabei nicht in Rezentralisierung verfallen und muss bestehende Autonomien respektieren.

Der italienische Premier Matteo Renzi hat sein Amt als jüngster Ministerpräsident Italiens

aller Zeiten am 22. Februar 2014 angetreten – mit einem ehrgeizigen Reformprogramm, das wenig Parallelen in der neueren italienischen Geschichte hat. Renzi will das Land nach zwei Jahrzehnten der Stagnation unter Silvio Berlusconi, Mario Monti und Enrico Letta sowie drei mehrjährigen Rezessionen seit 2007 nachhaltig modernisieren und öffnen. Dazu wendet er die Kombination von drei Leitstrategien an: Vorwegnahmepolitik in der Wirtschaft, Reformpolitik in den politischen und staatlichen Institutionen und Vereinfachungspolitik in Verwaltung und Bürokratie. Durch künstliche Anschubmassnahmen mittels Staatsausgaben und Steuerkürzungen

soll der Wirtschaftszyklus künstlich antizipiert werden und die selbsterfüllende Prophezeiung einer Aufwärtsspirale entstehen. Durch Abschaffung des „perfekten Zweikammernsystems“ soll ein einfacheres Parlament schnellere Entscheidungen treffen, und ein neues Wahlgesetz namens „Italicum“ soll seit Juli 2016 mittels eines starken Mehrheitsbonus für klare Mehrheiten sorgen. Diejenige Partei, die 40% der Stimmen im ersten Wahlgang oder eine Mehrheit in einer Stichwahl erhält, erhält automatisch 54% der Parlamentssitze. Schließlich sollen Bürokratie und Verwaltung durch Abschaffung der Provinzen und Beschniedigung des Mehrebenen-Regie-

1 Politikwissenschaftler **Roland Benedikter** analysiert die Auswirkungen der Politik Renzis auf Südtirols Autonomie.

4 Das gegenseitige Gepräge zwischen EU und Italien bildet den Inhalt des Essays von **Judith E. Innerhofer**.

6 Wohin steuert die EU, wohin steuert Italien? fragt der überzeugte Europäer **Marco Micheli**.

12 Über den Brenner als Ort des Zusammentreffens von Nord- und Südeuropa, von Flucht und Zuflucht reflektieren **Monika Weissensteiner** und **Giorgio Mezzalira**.

14 Die Kunstkritikerin und Bloggerin **Antonella Paladino** blickt in die Eingeweide des italienischen Kunstmarktes.

In der Galerie geht **Annalisa Cannito** hart mit der imperialistischen Tradition Italiens ins Gericht.

Die Fotostrecke im Heft bilden Aufnahmen aus der Ausstellung „Italomodern 1+2“ von **Martin** und **Werner Feiersinger**. Hannes Egger reflektiert anhand dieser Aufnahmen die Nachkriegszeit in Oberitalien.

Editorial

Italien im Spiegel der europäischen Medien

Als Südtiroler sind wir täglich mit italienischen und deutschen Medien konfrontiert. Dabei werden wir stets aufs Neue mit großen, unüberbrückbar scheinenden Differenzen in der medialen Berichterstattung beider Länder, aber auch mit irritierenden Allgemeinplätzen und oftmals entgegengesetzten Einschätzungen von Sachlagen konfrontiert; etwa über die jeweilige Rolle in der Wirtschaftskrise, die eigentlich eine Krise der europäischen Institutionen ist; oder in der Flüchtlingskrise, die eigentlich eine makropolitische Krise ist.

Ist Europa noch zu retten? Und auf welcher Ebene. Ist es auf dem Weg zurück zu den Nationalstaaten, oder vorwärts zu einem Europa der Regionen? Träumen manche gar von einer gesamteuropäischen Weltmacht?

Um dieser komplexen Thematik gerecht zu werden, beleuchten wir sie aus regionalen und internationalen Blickwinkeln. Zunächst werden die Auswirkungen einer institutionellen EU-Krise auf Italien und Südtirol (als paradigmatischer Fall einer Minderheitensituation) durchdekliniert. Aus regionaler Sicht ist die Existenz der EU eine Frage der eigenen Existenz, denn als Minderheit in einem Nationalstaat ist man stets auf ein Gleichgewicht der Kräfte angewiesen. Jede fragile Erschütterung wird sogleich wahrgenommen. Sodann wird die europapolitische Dimension der Krise, aber auch die Sonderstellung des Stiefelstaates analysiert und das Flüchtlingsdrama am Brennpunkt Brenner aus erster Hand geschildert. Dabei versuchen die AutorInnen, die öffentliche Stimmungslage zwischen Lethargie, Pessimismus, Status Quo und Optimismus auszutarieren. Italien hat es – als einer der größten Nettozahler der EU, der bislang kein Bankenrettungsprogramm schüren musste – nicht geschafft, seine Reputation als maroder Stiefelstaat abzulegen. Mit Imageproblemen kämpfen auch die Privatwirtschaft und der international abhängige italienische Kunstbetrieb.

Haimo Perkmann

rens reformiert werden, wodurch die Zentralregierung gestärkt wird. Die Hoffnung ist, dass das System dadurch schneller und effizienter wird.

Renzi begleitet diese drei Strategien, die er unter anderem in einer Verfassungsreform umsetzt, mit einer umfassenden, auch unter „Medienpremier“ Silvio Berlusconi so kaum dagewesenen Kommunikationsoffensive. Sie ist einer programmatischen „Positivität“ des öffentlichen Geistes gewidmet. Der junge Premier will eine selbsterfüllende Prophezeiung von Erneuerung und Aufschwung des Landes auch durch deren unablässige Behauptung herstellen. Insgesamt will Renzi, wie er es wörtlich ausdrückt, nicht weniger als

gehobenen geistigen Herkunft aus dem US-amerikanischen Boycouting als weder klar linke noch klar (mitte)-rechte Figur. Zudem wurde Renzi nicht von der Bevölkerung ins Amt gewählt, sondern kam durch eine innerparteiliche „Palastrevolution“ gegen Amtsvorläger Enrico Letta an die Regierungsspitze. Viele seiner Erneuerungsstrategien, einschließlich der tiefgreifendsten Verfassungsreform seit 1945, sind bisherigen Mustern der zweiten Republik (seit 1994) schwer zuordenbar – eben weil manche von ihnen einen durchaus bewussten Bruch mit diesen Mustern darstellen.

Renzi ist damit im inneritalienischen Panorama eine Persönlichkeit, bei der manche auch

Giò Ponti, Nanda Vigo,
Casa sotto una foglia, Malo



Foto: Werner Feiersinger

eine „Kulturrevolution“ zum Zweck einer grundlegenden „Mentalitätsveränderung“ der drittgrößten Volkswirtschaft der Eurozone bewirken.

Wird der Premier mit der Kombination dieser Strategien, die er trotz Kritik aus seiner eigenen sozialdemokratischen Linkspartei Partito Democratico (PD) sehr stark an seine Person bindet, Erfolg haben?

Realistisch besehen bleibt die italienische Konstellation – einschließlich der Stellung Renzis in der komplizierten Partei- und Interessenslandschaft – herausfordernd. Dies auch unabhängig von der Sozialpsychologie des Landes und der Eurozone. Die Hindernisse sind nicht nur dem hohen Schuldenberg von mehr als 132% (2015) des Bruttonsozialprodukts geschuldet, der die Spielräume einengt – und das Land bei Wegfallen derzeit günstiger Bedingungen wie moderatem Ölpreis, 0-Zins-Politik und Staatsanleihen-Stützkäufen der Europäischen Zentralbank, niedrigem Eurokurs, Brexit samt Bedeutungszunahme Italiens in der EU und stagnierenden Arbeitskosten weiterhin bedroht. Die Skepsis ist auch der Tatsache geschuldet, dass Renzi selbst von vielen in der italienischen Linken als „undefinierbare“ Figur wahrgenommen wird, wenn es um traditionelle Muster italienischer Partei- und Institutionen-Politik geht. Renzi gilt aufgrund seines Bekenntnisses zu „Dritter-Weg“-Politiken nach dem Vorbild Bill Clintons und Tony Blairs und wegen seiner von ihm immer wieder nachdrücklich hervor-

auf Seiten seiner eigenen Partei nicht sicher sind, ob er bedingungslose Unterstützung verdient. Seine Wahrnehmung als Spieler ohne traditionelle politische Ideologie und Position droht Renzis Stellung in der eigenen Parteikoalition auch bei kleineren Schwierigkeiten ständig zu gefährden.

Ein wichtiger ungelöster Aspekt bleibt bei allem die endgültige Regelung der Reform der Regionalautonomien, insbesondere derjenigen mit Sonderstatut wie jener Südtirols. Renzi hat das Problem aufgeschoben, weil es tief in die europäische Ebene hineinreicht – und weil der Premier zunächst den Hauptross der Reform durchbringen und das Reformreferendum um Herbst gewinnen will, bevor er sich den Einzelheiten ihrer „kapillaren“ Probleme widmet: „[Zur Frage der Zukunft der italienischen] Provinzen: Sie werden abgeschafft, mit Ausnahme der Autonomen Provinzen Bozen [Südtirol] und Trient.“¹⁾ Diese beiden Provinzen erhalten eine Schutzklause: „Die am 12. April 2016 endgültig vom Parlament in Rom genehmigte Verfassungsreform greift für Südtirol erst, sobald die Anpassung des Autonomiestatuts an die neue Verfassung erfolgt ist, und zwar mittels Einvernehmen (intesa) zwischen Staat und Land [Südtirol]. Im Wortlaut des Artikels 39, Übergangsbestimmungen Abs. 13 des Reformentwurfs heißt es dazu:

„Die Bestimmungen von Kapitel IV dieses Verfassungsgesetzes werden auf die Regionen mit Sonderstatut und die autonomen Provinzen

Trient und Bozen bis zur Überarbeitung ihrer Statute, die auf der Grundlage von Einvernehmen (di intese) mit Regionen und autonomen Provinzen erfolgt, nicht angewandt.“²⁾

In der Tat sind die Reformen bzw. „Anpassungen“ jener Regional- und Lokalautonomien, die im 20. Jahrhundert in den Territorien des heutigen Norditalien aus ethnischen Gründen entstanden sind, ein heikler Punkt in Renzis Staatsreform-Politik – mit potentiell sowohl nationalem wie transnationalem Konfliktpotential. Das ist deshalb der Fall, weil ihr bisheriger Status trotz des faktischen Aufschubs ihrer endgültigen Neu-Situierung in einer „dritten Republik Italien“ in wesentlichen Fundamenten in Frage gestellt wird. Denn Renzis angestrebter Übergang von der zweiten in die dritte Republik wird im Kern auch mittels einer Verfassungsreform vollzogen, womit die bisherige verfassungsmäßige Verankerung der Autonomien bedroht ist.

Zwar ist die Autonomie Südtirols die internationale am besten abgesicherte Regionalautonomie Italiens. Sie ist heute verwaltungstechnisch de facto eine effiziente Territorialautonomie, beruht jedoch ausdrücklich auf der Geschichte der österreichisch-ladinischen Minderheiten in Italien seit dem Ende des 1. Weltkriegs, ohne die ihre Legitimität keine Grundlage hätte. Trotz ihrer Territorianwendung nicht nur auf die dort lebenden deutschsprachigen (österreichischen) und ladinischen Minderheiten, sondern auf alle Bürger des Gebiets bleibt die Südtirol-Autonomie faktisch eine ethnisch bedingte Autonomie, was für ihren Ursprung und ihren Charakter bedeutsam ist. Sie kann zugleich aber, wie andere Autonomien auf dem Gebiet Italiens, in der Ära Renzi nicht mehr auf das ethnische Element allein reduziert werden.

Das macht den Umgang mit ihr im Rahmen der Staatsreformen Renzis nicht einfach. Südtirols Autonomie aus dem Jahr 1972 (das sogenannte Zweite Südtiroler Autonomiestatut) wurde 1994 mittels einer offiziellen „Streitbeilegungserklärung“ zwischen Südtirols „Schutzmacht“ Österreich und der (damals im Übergang von der ersten in die zweite Republik befindlichen) Republik Italien 1994 festgestellt. Sie entstand wegen – und beruht bis heute auf – der Existenz von historisch und kulturell österreichischen (deutsch- und ladinischsprachigen) Minderheiten. Sie wird aber bereits seit ihren Anfängen, das heißt seit 1972 proportional auf alle drei auf dem Gebiet der Provinz lebenden Hauptethnien angewendet – also auch auf die italienische Staatsbevölkerung, die hier numerisch die Minderheit ist: 28% gegenüber 61% der deutschsprachigen und 3% der ladinischsprachigen Bevölkerung; 8% der 500.000 Einwohner zählenden Autonomen Provinz Bozen-Südtirol sind Einwohner, die sich als nicht zu den drei Ethnien zugehörig erklärt haben.

Der damit bestehende Konflikt zwischen einer Interpretation als ethnische oder Territorialautonomie ist einer der Knotenpunkte, der innerhalb des Übergangs von der zweiten in die dritte Republik Italien zu lösen bleibt. Die Vertretung der deutsch- und ladinischsprachigen Staatsminderheiten in Südtirol fordert auch nach dem Abtritt der Gründergeneration der Minderheiten-Sammelpartei „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) (1972-1989) sowie des SVP-Langzeit-Landeshauptmanns im italienischen Ministerrang der „Boom“-Jahre 1990-2007, Luis Durnwalder (Südtiroler Landeshauptmann 1989-2014), weiterhin den „dynamischen“ Ausbau der Autonomie.³⁾ Trotzdem bestehen in Matteo Renzis Rom Tendenzen, die Situation für Rezentralisierung zu nutzen, Verwaltungsaspekte über politischen Aspekten zu betonen und die Südtiroler Autonomie faktisch eher als eine Gebietsautonomie im

Thema

Sinn einer Verwaltungsautonomie statt als ethnische Autonomie zu interpretieren. Dies weniger vonseiten des Premiers selbst, als vielmehr von Teilen seiner Bürokratie und Regierungskoalition.

Trotz der im Prinzip traditionell Minderheiten- und Südtirol-freundlichen Haltung von römischen Mitte-Links-Regierungen seit den 1970er Jahren besteht daher ein Trend darin, die verfassungsmäßig garantierten Rechte Südtirols im Rahmen der Verfassungsreform im Übergang von der zweiten zur dritten Republik zu beschneiden – umso mehr, als diese Verfassungsreform die Mehrebenenverwaltung (*stratified governance*) „vereinfachen“ und dazu Aufwand, Struktur und Zuständigkeiten der Regionen verringern will. Und all dies, obwohl Autonomien wie die Südtirols Verfassungsrang genießen, international durch UN-Verträge abgesichert und einst „links“-pluralistisches Vorzeigegut römischer Regierungen auf internationaler, insbesondere europäischer Ebene waren – vor allem auf dem Höhepunkt der „Postmoderne“ der 1980er und 1990er Jahre, die Pluralisierung und Transkulturalität als Voraussetzung für Integration deutete. Diese Haltung ist unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise seit 2012 auch innerhalb der italienischen Linken mittlerweile eher in den Hintergrund gerückt.

„Integriertes Regieren“ heißt bei Renzi nicht mehr stärkere Ausdifferenzierung von Regieren, sondern im Gegenteil eher, die Komplexität von Mehrebenenregierung (*multilevel governance*) zurückzufahren. Nicht zuletzt mit Blick auf die Korruptions-Auswüchse der Regional- und Lokalverwaltungen im Süden tendiert Renzi dazu, die Dinge wieder stärker an die Kanäle „wirklicher Gestaltung“ aus dem nationalen Machtzentrum heraus zu nehmen – regionale Autonomien und Zusatz-Wert (*valore aggiunto*) von Partikularitäten hin oder her.

Viele Südtiroler und andere italienische Autonomiebürger wie etwa jene in Friaul-Julisch-Venien, in Sardinien oder in Sizilien (letztere jedoch in anderen Entwicklungsphasen, sozialen und ethnischen Konstellationen, „kulturellen“ Mentalitäten und Verwaltungsproblemen als Südtirol befindlich) empfinden daher Renzis Verfassungsreform als Bedrohung ihrer historisch mühevoll und in langwierigen Prozessen dem italienischen Zentralstaat abgerungenen Autonomien. Sie sehen die Regierung Renzi eben aufgrund ihrer angestrebten „tiefen“ Verfassungsreform als Damoklesschwert sowohl über ihrem Wohlstand wie ihrer europäischen, transnationalen Bindeglied-Rolle.

Letztere betrifft insbesondere eben das nördliche Grenzgebiet zu Österreich, das sich seit den 1990er Jahren zur grenzübergreifenden „Europaregion Tirol“ entwickelt hat. Im Rahmen dieser Nationen-übergreifenden „Europa-region“ werden Fragen der Zusammenarbeit und Zukunftsplanung mittels Regionalregierungskooperation sowie – einmal jährlich stattfindenden – gemeinsamen Regionalparlamentssitzungen der Landtage von Südtirol, Nord- und Osttirol sowie Trient entwickelt. Auch wenn bislang symbolische Aktionen im Vordergrund stehen, wurde damit – als einem von bislang wenigen Beispielen in Europa – die Idee von „Europaregionen“ konkretisiert, die auf der Meso- und Mikroebene jenes transnationales Zusammenwachsen leisten sollen, die weder die traditionelle Zusammenarbeit der Nationen noch ein möglicher europäischer „Superstaat“ leisten können.

Zu Recht mahnt daher der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher (geboren 1971, Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol seit 9. Januar 2014) gegenüber Renzis Reformbestrebungen immer wieder an, die besondere Rolle der Südtiroler

Autonomie mit Verfassungsrang und internationaler Garantie in der gesamtitalienischen Verfassungsreform zu respektieren. Sonst wären neue innerstaatliche und innereuropäische Konflikte unvermeidlich. Kompatscher Ende Januar 2016 am Sitz der römischen Abgeordnetenkammer im Palazzo Montecitorio anlässlich einer Veranstaltung zum Thema „Die Zukunft der Regionen mit Sonderstatut im Licht der Verfassungsreform“:

„Die Autonomie hat unser Land zu einer europäischen Modellregion gemacht, sowohl was das Zusammenleben verschiedener Volks- und Sprachgruppen angeht, als auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei geht es nicht um Privilegien, sondern um gelebte Verantwortung... Südtirols Autonomie ist durch das Gruber-Degasperi-Abkommen international verankert, das auf den Schutz der [österreichstämmigen] Minderheit[en] abzielt. Für jede Änderung des Autonomiestatus bedarf es daher der Zustimmung Österreichs. Eine Schutzklausel, die in den Gesetzesentwurf zur italienischen Verfassungsreform eingebaut worden ist, wird dieses Prinzip von Änderungen nur in gegenseitigem Einvernehmen zusätzlich stärken. [Die] Gründer, die seinerzeit dazu geführt haben, Südtirol eine Sonderautonomie zuzugestehen, [haben] nach wie vor Gültigkeit... Wer annimmt, mehr Autonomie bedeutet mehr Privilegien, liegt falsch. Mehr Autonomie geht, wenn schon, mit der Herausforderung einher, den größeren Handlungsspielraum mit mehr Verantwortung so zu nutzen, dass die gute Verwaltung den Sinn und Zweck der Dezentralisierung rechtfertigt.“⁴⁾

Konstruktiv-kritisch äußert sich auch Dieter Steger, Vorsitzender der Landtagsfraktion der Südtiroler Volkspartei (SVP). Laut Steger geht Renzi ungeachtet aller berechtigten Kritik an seinen unterschwelligen und offenen Zentralisierungstendenzen wenigstens teilweise auch neue Wege in der Minderheiten- und Südtirol-Politik – womit einer von vielen Widersprüchen seiner „Dritter-Weg“-Politik gekennzeichnet ist. Steger:

„Trotz seiner Zentralisierungstendenzen hat Renzi der Südtirol-Politik auch neue Wege eröffnet. Er hat seine Versprechungen Südtirol gegenüber bislang eingehalten, wenn auch nicht immer in den vereinbarten Zeiträumen. Die angestrebte Verfassungsreform entspricht allerdings in keiner Weise den Vorstellungen des autonomen Südtirol. Renzi hat Südtirol durch eine Schutzklausel [bis auf weiteres] davon ausgenommen. Diese Schutzklausel bewahrt die Autonome Provinz Südtirol vor den Auswirkungen der Reform, bis das Autonomiestatut im Einvernehmen mit den Südtirolern selbst und auch mit der Schutzmacht Österreich angepasst wird.“

Der Weg, die Autonomiebestimmungen an die heutige Zeit anzupassen, scheint mit Renzi leichter gangbar zu sein als mit früheren Regierungen, auch weil die kleine Südtiroler Volkspartei für die Beschaffung von Renzis Mehrheiten im Parlament wichtig ist. Diese Rolle könnte allerdings durch das neue Wahlgesetz ‚Italicum‘, das ab den nächsten Parlamentswahlen deutliche Mehrheiten schaffen wird, in Zukunft wegfallen.

Daher gilt es jetzt, die Gunst der Stunde zu

nutzen und die Autonomie zu modernisieren und zu festigen. Allerdings beruhen die Zugeständnisse Südtirol gegenüber auch auf dem guten persönlichen Verhältnis des Südtiroler Landeshauptmanns Arno Kompatscher zum italienischen Regierungschef. Es muss nun gelingen, dieses Wohlwollen in verbrieftes Recht umzusetzen. Denn das gute persönliche Verhältnis von Landeshauptmann und Ministerpräsident ist als Basis für eine fruchtbare Beziehung zwischen Staat und autonomem Land Südtirol auf Dauer gesehen zu wenig, wenn auch nicht von Nachteil.⁵⁾

Um die Bürger in die Erneuerung der Südtiroler Autonomie unter den Bedingungen von Renzis Verfassungs- und Staatsreform und den damit eröffneten Übergang von einer „zweiten“ in eine „dritte“ italienische Republik einzubinden, wurde vom Autonomen Südtiroler Parlament, dem Südtiroler Landtag in Bozen, ein „Autonomiekonvent“⁶⁾ ins Leben gerufen. Er soll Renzis gesamtstaatliche Verfassungsreform durch möglichst breite Sammlung von Ideen und Modernisierungsvorschlägen „aus dem Volk“ begleiten. Hier können Bürger interaktiv ihre Vorschläge einfließen lassen, Befürchtungen und Hoffnungen äußern und Wünsche vorbringen.

Der Konvent unter dem Vorsitz des ehemaligen Brunecker Bürgermeisters und jetzigen Landtagsabgeordneten Christian Tschurtschenthaler ist jedoch nicht unumstritten, da viele Bürger einer „Reform“ der Südtirol-Autonomie grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Sie befürchten damit die Beschneidung eines Erfolgsmodells – oder gar die Beschädigung der Grundlage friedlichen Zusammenlebens in einem heiklen Gebiet mit potentieller Ausstrahlung auf Autonomie- und Separationsbewegungen in ganz Norditalien.

Zugleich wies der ehemalige SVP-Spitzenpolitiker und langjährige Parlamentsvertreter Südtirols in Rom (1972-1992), Hans Benedikter, Anfang 2016 darauf hin, dass die Autonomien paradoxe gerade wegen ihres Verfassungsrangs mit Renzis Grundlagenreformen „mitgehen“ müssen. Sie benötigen, so Benedikter, daher eine neue „große Vision“ im Rahmen eines größeren Entwicklungsbildes, um sich innerhalb eines sich wandelnden Italien sowohl zu erhalten wie weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch die Frage nach der Stellung der aus ihrer Eigensicht nicht zu den drei Stammethnien Südtirols gehörenden Einwanderern, Migranten und Flüchtlingen, die in der bis heute geltenden Autonomie von 1972 nicht als eigenständige Gruppe vorgesehen waren, weil es damals noch keine derartige Immigration gab.

Fazit und Ausblick? Für Südtirol – als eine der konkretesten Brücken zwischen Italien, Österreich und Europa und als eines der entwickeltesten Modelle praktischen transnationalen Zusammenwachsens – ergibt sich im Rahmen von Renzis Übergangs- und Reformkonstellation das Paradoxon, sich zugleich behaupten und verändern zu müssen. Die aus Italiens Wandel erwachsende Anforderung, einen globaleren Blick und Visionen für die Zukunft zu entwickeln, lässt bislang aber zu wenig „große Entwürfe“ erkennen. Die autonomen Provinzen Italiens werden dies zu korrigieren haben, um mit Renzis Erneuerungselan mitzuhalten.

Thema

- 1) Dolomiten: Schwerpunkte der Reform. Italien: Autonome Provinz Bozen und Trient werden nicht abgeschafft, 14.04.2016, S. 3.
- 2) Dolomiten: Stichwort Schutzklausel, 14.04.2016, S. 3.
- 3) Autonome Provinz Bozen-Südtirol: Anhörung im Parlamentsausschuss: LH Kompatscher für Autonomieausbau, 30.07.2015, http://www.provinz.bz.it/news/de/news.asp?news_action=4&news_article_id=508021.
- 4) Stol.it: Zukunft der Autonomie. Kompatscher am Mittwoch in Rom, 27.01.2016, <https://www.stol.it/Artikel/Politik-im-Ueberblick/Lokal/Zukunft-der-Autonomie-Kompatscher-am-Mittwoch-in-Rom>.
- 5) D. Steger: Matteo Renzi – eine Zwischenbilanz. Brief an den Autor, 11.02.2016, Archiv des Autors.
- 6) <http://www.konvent.bz.it/de>.



Foto: Werner Feiersinger

Angelo Mangiarotti, Bruno Morassutti, Chiesa Mater Misericordiae, Mailand

Judith E. Innerhofer

Heiland und Prügelknabe

**Von kollektiver Euro-phorie zum Durchbruch der EU-Skeptiker:
Italien und sein Verhältnis zur europäischen Einigung.**

Gehen am Brenner die Barrieren zu, dann ist Europa zerstört. Was Angela Merkel sinngemäß vor wenigen Monaten erklärt hat, ist rasch zum geflügelten Wort geworden, das von der Realität noch rascher eingeholt wurde. Freilich, der Brenner als symbolisch befrachtete Grenze zwischen Italien und den europäischen Nachbarn zum Norden hin ist unverändert passierbar. Aber Europa, wie es sich noch zur diesjährigen Sommersonnwende auf der geopolitischen wie auf der realpolitischen Karte präsentierte, gibt es nicht mehr. Großbritannien ist raus, und im Rest des weder föderalen noch supranationalen Verbunds von Staaten geht die nicht nur sprachlich hässliche Rede um von Nexits, Frexits oder Öxits. Und auch von einem sogenannten Italexit.

Debatten über Italiens Position in der EU sind nicht neu, sie nehmen aber an Lautstärke zu. Dieser Wochen und Monate kommen sie aus zwei Richtungen: einerseits von außen, getragen von ökonomischen Überlegungen. Da geht es um Italiens marode Bankwirtschaft, für die die anderen EU-Mitglieder – zumindest der je nationalen Rhetorik nach – nicht in die Bresche springen können oder wollen. Es geht um die italienischen Staatsschulden, die im Falle einer Staatspleite jeden Rettungsschirm sprengen würden, und es geht um die Finanzmärkte, die mit hochgradigen Spekulationen einen wirtschaftspolitisch quasi erzwungenen EU- oder Euro-Austritt noch einmal mehr anfachen.

Andererseits brennt die Diskussion um Itali-

ens Mitgliedschaft in der Union und in der Eurozone im Staatsinneren. Angefacht wird sie vor allem von den Parteien aus dem populistischen, meist rechtspopulistischen Spektrum, die damit offensichtlich erfolgreich sind: erfolgreich in Sachen Wahlergebnisse, wie etwa die Fünf-Sterne-Bewegung bei den Kommunalwahlen im Juni. Und, was noch schwerer wiegt, erfolgreich angesichts des öffentlichen Stimmungsbildes.

Denn die Liebe der Italiener zur Europäischen Union leuchtet höchstens als Flämmchen. Nur 35 Prozent der Bevölkerung haben Vertrauen in die EU, ergab eine britische Studie im Januar. Das sind weit weniger als die 53 Prozent der Deutschen oder die 42 Prozent der Franzosen – und sogar weniger als die austretenden Briten. Sind die Italiener nie wirklich angekommen in diesem vereinten Kontinent? Oder ist es schlicht eine Entwicklung im Gleichklang mit einer europaweiten EU-Skepsis, die im emotionalen Süden eben etwas stärker ausfällt, weil man sich hier zwischen Flüchtlingskrise und Wirtschaftskrisen verraten und allein gelassen fühlt? Wie standen und stehen das politische Italien und die EU zueinander, und wie ging und geht es den Italienern als europäische Bürger?

Wenn es je einen Hort der Europa-Euphorie gab, so müsste Italien jedenfalls unter den Titelkandidaten sein. Tatsächlich war das italienische Vertrauen in die EU noch in den 1990er Jahren unter den ausgeprägtesten. Im Rückblick wirkt der heute so niedrige Zu-

spruch zur EU also dramatischer als allein der internationale Vergleich. Die Italiener gehörten traditionell zu den begeistertesten Befürwortern einer Teilnahme und Teilhabe am ökonomischen wie am politischen Verbund. Im postfaschistischen Italien sorgte die Hoffnung auf Frieden und Wohlstand für weite Begeisterung für die Idee einer wirtschaftlichen und politischen Vernetzung wie auch für die Idee gemeinsamer Werte.

So tritt Italien in der Geschichte der EU als wichtiger Akteur auf den Plan. Auf Betreiben der politischen Spitzen wurde das Land 1951 Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957. Am Weg zur Einigung gehörten italienische Politiker wie der Nachkriegs-Ministerpräsident Alcide De Gasperi oder Altiero Spinelli – Antifaschist und Kommunist, Mitglied der EG-Kommission in den 70ern und EU-Parlamentarier bis zu seinem Tod 1986 – zu den Vordenkern und Vorkämpfern des europäischen Gedankens.

Man kann also sagen: Italien hat Europa mit aufgebaut. Umgekehrt hat Europa den Mittelmeerstaat mindestens ebenso sehr geprägt. Innerhalb der politischen Eliten Italiens ging es seit den Nachkriegsjahren neben allen ideologischen Überzeugungen vor allem um Prestige, um Anerkennung als neue, demokratische Größe auf dem internationalen Spielbrett. Im Inneren, sprich im „Volk“, wiederum galt die Teilnahme an diesem Verbund der Vernünftigen als eine Art Zauberwaffe

gegen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schieflagen des Landes.

Dass sich die Italiener schneller und stärker als Europäer fühlten als andere Nationen, hat zugleich mit der eigenen Nation zu tun. In diesem verhältnismäßig jungen Staat ist die nationale Identität abseits von Spielen der Azurri und rechtspopulistischer bis alt- oder neofaschistischer Wiederkäue noch immer vergleichsweise lose. Die Zugehörigkeit zu diesem Europa wurde da zu einer Art komplementären Identifikationsfläche.

Allerdings trug die italienische Unterstützung eines gemeinsamen Europas im politischen Alltag oft opportunistisch wechselnde Züge. Konkret heißt das: Bei der nationalen Umsetzung gemeinsamer Normen ging es gemächerlich zu, als es das Stimmungsbild alleine weismachen könnte. Derzeit sind 89 Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Italien am Laufen. Obwohl die Zahl der Strafverfahren wegen verspäteter oder fehlender Umsetzung von EU-Recht damit niedriger ist als in den zwanzig Jahren zuvor, steht Italien nach wie vor an der Spitze der säumigen Länder.

Dennoch blieb Europa lange Zeit ein zentrales innenpolitisches Rüstzeug gegen den gesellschaftlichen Unmut über festgefahrene Schieflagen. Das gilt auch für den italienischen Euro-Beitritt. Denn es waren vor allem die eingefahrenen wirtschaftspolitischen Defizite der 70er und 80er Jahre, die in Italien das Projekt Euro zum kollektiven Mantra werden ließen. „(ri)entrare in Europa“ wurde nach der Staatskrise rund um Tangentopoli und dem Zusammenbruch des Parteiensystems zum von allen Seiten beschworenen Slogan. Dass Italien die Euromitgliedschaft schließlich tatsächlich zugestanden wurde, galt im Inneren ein weiteres Mal als Anerkennung und Rehabilitierung eines davor wenig glorreichen Staatsapparates.

Nur setzte mit dem realen Euro-Beitritt auch die langsame Drosselung der Europa-Begeisterung ein. Mit der Rezession der italienischen Wirtschaft zu Beginn des neuen Jahrtausends kam erste Kritik auf an den starren Vorgaben aus Brüssel bzw. Frankfurt am Main. Seitdem wird die Kluft immer größer zwischen den politisch gesäten, übersteigerten Erwartungen an den Euro und der real spürbaren Nicht-Verbesserung von Lebensqualität, Arbeitsmarkt und ökonomischer Zugkraft.

Die Umfragen geben die anhaltende Desillusionierung wider: 2006 fühlte sich laut Eurobarometer knapp jeder dritte Italiener nur sehr wenig oder gar nicht mit der EU verbunden. 2014 stieg diese Zahl bereits auf 57 Prozent.

Mit der Enttäuschung über scheinbar nicht erfüllte Versprechen alleine ist die steigende Euroskepsis aber nicht erklärt. So wie die lange uneingeschränkte Bejahung des Projekts Europa von den gesammelten Eliten propagiert wurde, so ist der Buhmann Europa der lauteste politische Diskurs der Gegenwart.

Denn spätestens seit 2013 ist klar: Es gewinnt, wer gegen Europa polarisiert. Mit Blick auf die Wahlen zum EU-Parlament 2014 hat sich das italienische Politspektrum endgültig zur EU-Gegnerschaft hin verschoben. Die Lega Nord mit ihrer „No Euro Tour“ war da gar nicht besonders extrem, sondern eben nur rhetorisch extremer. Nahezu alle Parteien versuchten sich im Rennen gegen Forza Italia-Gründer Berlusconi in der Frage, wer dem vermeintlichen Brüsseler Diktat und der auch aus Berlin aufgezwungenen Austeritätspolitik am lausten den Kampf ansage. Den Titel hat sich augenscheinlich der Ex-Komiker Bep-

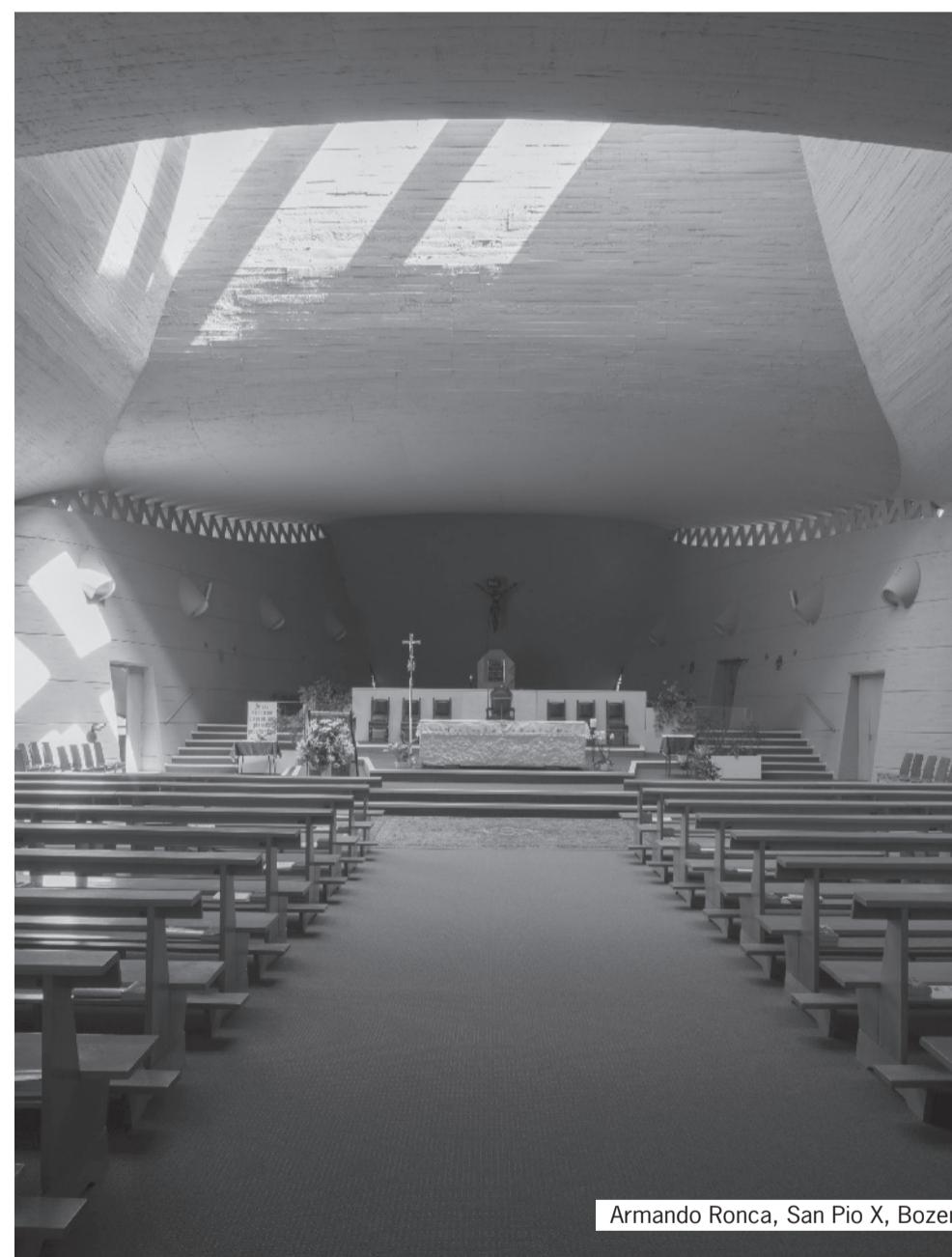
pe Grillo geholt. Seine in den letzten Jahren höchst erfolgreiche Fünf-Sterne-Bewegung ist – bei aller Rede von Basisdemokratie und Volkswillen, abseits der Frage nach Verdiensten, wenn es um Bewegung im verkrusteten Politsystem geht, – eine zuvorderst europafeindliche Partei. Im Europäischen Parlament sitzt man freilich dennoch, aber eben in einer Allianz mit dem rechtspopulistischen UKIP-Gründer Nigel Farage, der mit dem britischen Austrittsreferendum im Juni seinen bislang größten Erfolg feiern konnte.

Wenn es in jüngerer Zeit um Europa geht, lautet das eigentliche Stichwort aber weniger Brüssel oder Strassburg, sondern Berlin. Angela Merkel, wer sonst, habe den Italienern seit der ersten Finanzkrise ihr Spardiktat aufgezwungen. Merkel und Deutschland, die Europäische Zentralbank und die Kommission, Brüssel, Frankfurt, Berlin verschwimmen in der Wahrnehmung. Was bleibt, ist der kollektive Eindruck, dass es dem Land im Inneren nicht gut geht, und dass dies der Einzelne zu spüren bekommt. Und: dass es für die anhaltende Frustration einen schwarzen Peter Europa gebe.

Umgekehrt wachsen die Sorgen aus europäischer Sicht beim Blick auf den Stiefelstaat. Denn noch heißt der Premierminister Matteo Renzi. Der Chef des Partito Democratico ist, im Gegensatz zu den meisten seiner politi-

Renzis Tage könnten bald gezählt sein – ein Bein, das er sich selbst gestellt hat. Denn der Regierungschef hat seine Position an den Ausgang des Verfassungsreferendums geknüpft. Und die Chancen sind hoch, dass sich die Italiener gegen die von Renzis Leuten ausgearbeitete Reform des parlamentarischen Systems entscheiden. In diesem Fall, so die europäische Befürchtung, könnte die Fünf-Sterne-Bewegung tatsächlich zur entscheidenden nationalen Macht werden.

Freilich, ein Italexit wäre wohl selbst mit den Grillini in der Regierung aus gegenwärtiger Sicht unrealistisch. Denn kurz- und mittelfristig ist es eine nahezu beruhigend anmutende Lächerlichkeit des Populismus, die den europäischen Geist zu erhalten scheint: Wie bei nahe alle vehementen EU-Gegner Europas, schießt der Monarch der Fünf-Sterne-Bewegung zwar gern mit scharfer Munition von seiner Genoveser Felsenvilla aus um sich, um etwa zu erklären: „Das wahre Problem ist nicht der Euro. Sondern, so schnell wie nur möglich auszusteigen.“ Aber schon am Tag des britischen Referendums fiel seine Laune auf die andere Seite: „Der einzige Weg, um diese „Union“ zu verändern, ist der konstante institutionelle Einsatz“, deshalb würde seine Bewegung nun dafür kämpfen, Europa von innen heraus zu verändern. Schon Ende August folgte wiederum der neue alte Ruf nach einem unverbindlichen Referendum über ei-



Armando Ronca, San Pio X, Bozen

Foto: Werner Feiersinger

schen Kontrahenten, deklarierter EU-Befürworter, der nach dem britischen Austrittsvotum umgehen mit Angela Merkel und Francois Hollande konferierte, um eine „Wiederbelebung Europas“ anzuregen, statt nur den britischen Austritt abzuwickeln. Im August lud Renzi den französischen Präsidenten und die deutsche Kanzlerin zum Brexit-Krisengipfel nach Ventotene ein: ein symbolträchtiger Akt, mit dem er einmal mehr versuchte, Italien nach den diplomatischen Tiefen der Berlusconi-Ära als verlässlichen Big Player des politischen Kontinents ins Spiel zu bringen. Aber

nen Euro-Austritt, die Mitgliedschaft in der Union stünde aber nicht zur Debatte.

Abgesehen von diesen wohl wiederkehrenden antagonistischen Rufen haben offenbar auch in Italien die dank Anti-Eu-Rhetorik erfolgreichen Populisten Angst bekommen vor einer Wirklichkeit werdenden Politik, die ohne das nützliche Feindbild EU auskommen müsste. Fraglich bleibt leider, ob das Negativbeispiel Brexit in der Wählergunst der Italiener stärker bleiben wird als die Opfermärkte mit Täternamen Europa.

Marco Micheli

Anmerkungen eines überzeugten Europäers

Jeder Versuch, das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen Italien und Europa ausgiebig zu analysieren und in wenigen Zeilen darzulegen, erweist sich als schwieriges Unterfangen. Ähnlich einem Klipspenspringer, der sich zuversichtlich dem Abgrund nähert, dem jedoch beim Blick in die Tiefe jäh der Atem stockt, wird einem plötzlich bewusst, dass man angesichts der Abgründe, die sich auftun, auch scheitern kann.

Italien nimmt im europäischen Diskurs eine Sonderstellung ein, es ist eine Art geographisches Heiligtum der abendländischen Zivilisation. Darum kommt dem Stiefelstaat im europäischen Gleichgewicht eine Rolle zu, der das Land oft gar nicht gewachsen ist, weil sie die Fähigkeiten und den Einfluss seiner politischen Klasse übersteigt. Um einen etwas kühnen Vergleich anzustellen, könnte man die Rolle Italiens in Europa mit jener des Bundesstaates Virginia für die USA vergleichen: es ist gewiss nicht das wirtschaftliche und politische Zentrum der Vereinigten Staaten, ein rebellischer Staat, aber auch ein Land der Präsidenten, das vielfach bewundert wird.

Die Geschichte Europas ist eng mit jener Italiens verknüpft. Von der römischen Antike über die Renaissance bis zur Neuzeit nahm die Apenninhalbinsel immer wieder eine Schlüsselrolle ein. So ist es kein Zufall, dass Rom als Standort für den Gründungsvertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewählt wurde. Rom hatte als Verkörperung universeller Werte für die Gründerväter Europas hohe Symbolkraft. Zu diesem symboli-

Italien und Europa als kulturelle und politische Einheit mischt sich jüngst aber ein weiteres Gefühl, welches das Verhältnis zwischen den Europäischen Institutionen und der Halbinsel bestimmt. Bis vor kurzem betrachtete man Europa immer als erstrebenswertes Ziel; nicht nur als zureichenden Ort, sondern als Ideal. Viele Italiener erinnern sich noch an die Zeichentrickfilme von Bruno Bozzetto, der die vermeintlich negativen Verhaltensweisen und Gewohnheiten der Italiener geißelte und ihnen das vorbildliche Benehmen der gebildeteren Europäer gegenüberstellte. Seine Filme waren unmissverständlich. Es galt, europäische Standards zu erreichen. Das Bild der EU als rettende Instanz war allgemein anerkannt: sie sollte den Unzulänglichkeiten des hausgemachten Schlamassels und der unersättlichen Gier der politischen Kaste einen Riegel verschieben.

In letzter Zeit allerdings wird die EU vermehrt als undemokratische Instanz wahrgenommen, die ihren Mitgliedern die Agenda diktiert. Dieses Bild der EU hat sich in den vergangenen Jahren gefestigt und wird von den Mei-

Universalismus, aber auch in der historischen Bürde der jüngeren Geschichte.

Das Verhältnis zwischen Italien und Europa lässt sich in diesem Licht auch von einem weiteren Standpunkt aus betrachten, denn die Anziehungskraft der Halbinsel geht über das künstlerisch-kulturelle Erbe und die verflogene Europa-Begeisterung hinaus. Nicht selten wurden auf italienischem Territorium neue Phänomene und Tendenzen experimentiert, die sich die sich in Folge im ganzen Kontinent ausbreiteten. Darum ist die politische Entwicklung in Italien auch im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozess von Interesse: nicht als Europäisches Sanktuarium, sondern vielmehr als Alarmglocke für die Zukunft der Europäischen Union.

Italien als „Bastion“ des föderalistischen Europäismus ist in eine Beziehungskrise mit Europa geschlittert. Externen Beobachtern mag es seltsam erscheinen, dass immer mehr Wähler in Italien ihre Stimme europafeindlichen Kräfte geben. Doch die Botschaft ist klar: Auch in Italien gibt es immer mehr Menschen, die glauben, die Europäische Union habe ihnen mehr geschadet als genutzt. Ohne Zweifel handelt es sich hierbei nicht um ein italienisches Phänomen. Erdrutschsiege EU-feindlicher Parteien bei den Europawahlen im Mai 2014 haben uns das Ausmaß der Euroskepsis



Foto: Werner Feiersinger

Giancarlo de Carlo, Collegi universitari, Urbino

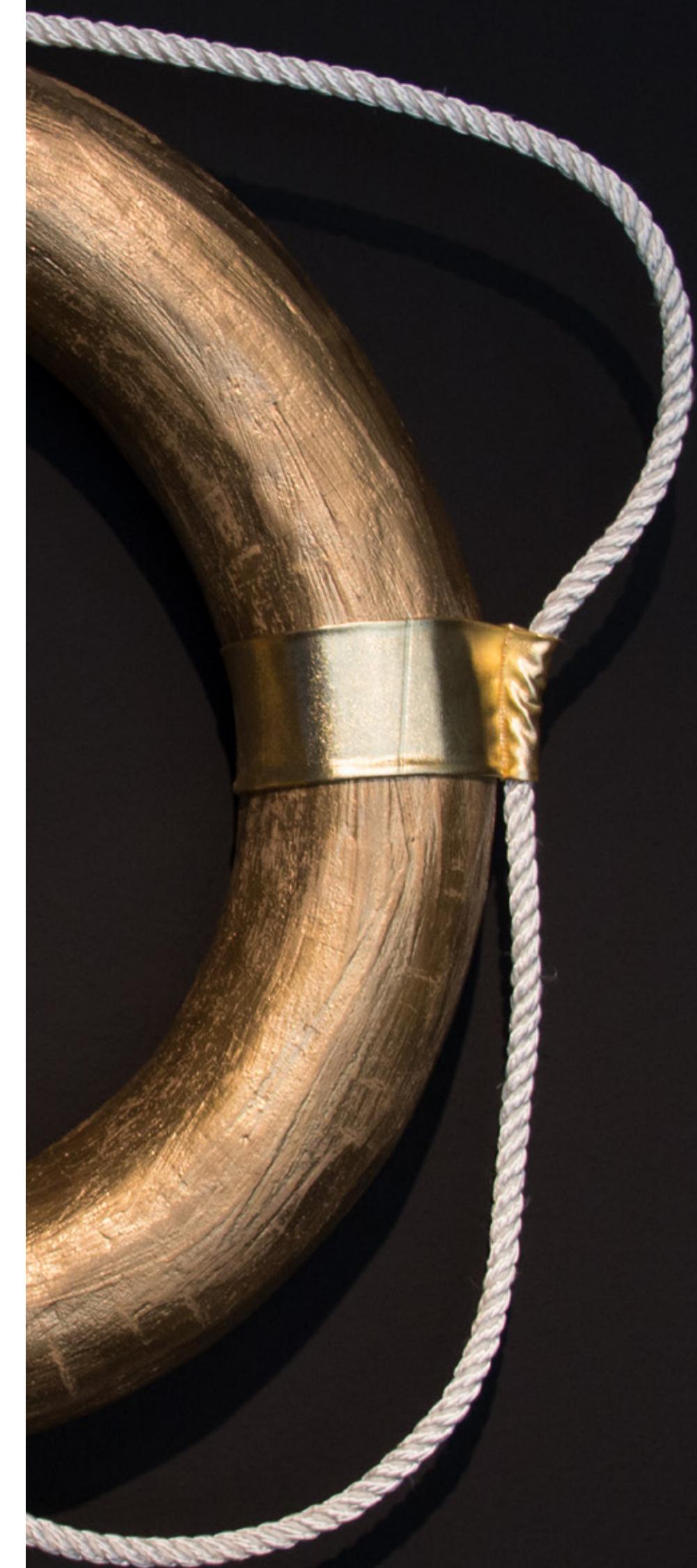
schen Respekt, den Europa Rom bis heute entgegen bringt, gesellt sich von Zeit zu Zeit Neugierde, vermischt mit ungläubigem Staunen über die oft unverständlichen und un durchsichtigen politischen Zustände im heutigen Italien. Unverständlich sogar für die Italiener selbst, wenn sie vergeblich versuchen, anderen Europäern die italienische Innenpolitik zu erklären.

In das Gefühl der Verbundenheit zwischen

nungsmachern der führenden Zeitungen sowie von den einfachen Bürgern zunehmend geteilt. Das ist ein Novum. Italien galt immer als eines der pro-europäischsten unter den Ländern, die am Integrationsprozess beteiligt waren. Und dies, obwohl den politischen Kommentatoren und Bürgern die Gründe für diesen Pro-Europäismus oftmals kaum bewusst waren. Eine teilweise Erklärung hierfür liegt in der langsam gewachsenen politischen Kultur des (Römischen, später Christlichen)

in ganz Europa bewusst gemacht. UKIP und Front National zählen zu den führenden Parteien in England und Frankreich, die AfD in Deutschland ist bundesweit im Aufwind.

In der italienischen Tagespolitik spielte die Europäische Frage bis vor kurzem keine Rolle. Das hat sich nun schlagartig geändert. Die EU ist sogar zu einem primären Gegenstand des politischen Wettbewerbs avanciert. Auf die komplexe, aber notwendige Diskussion über



IN THE BELLY
OF FASCISM
AND COLONIALISM #2

Annalisa Cannito



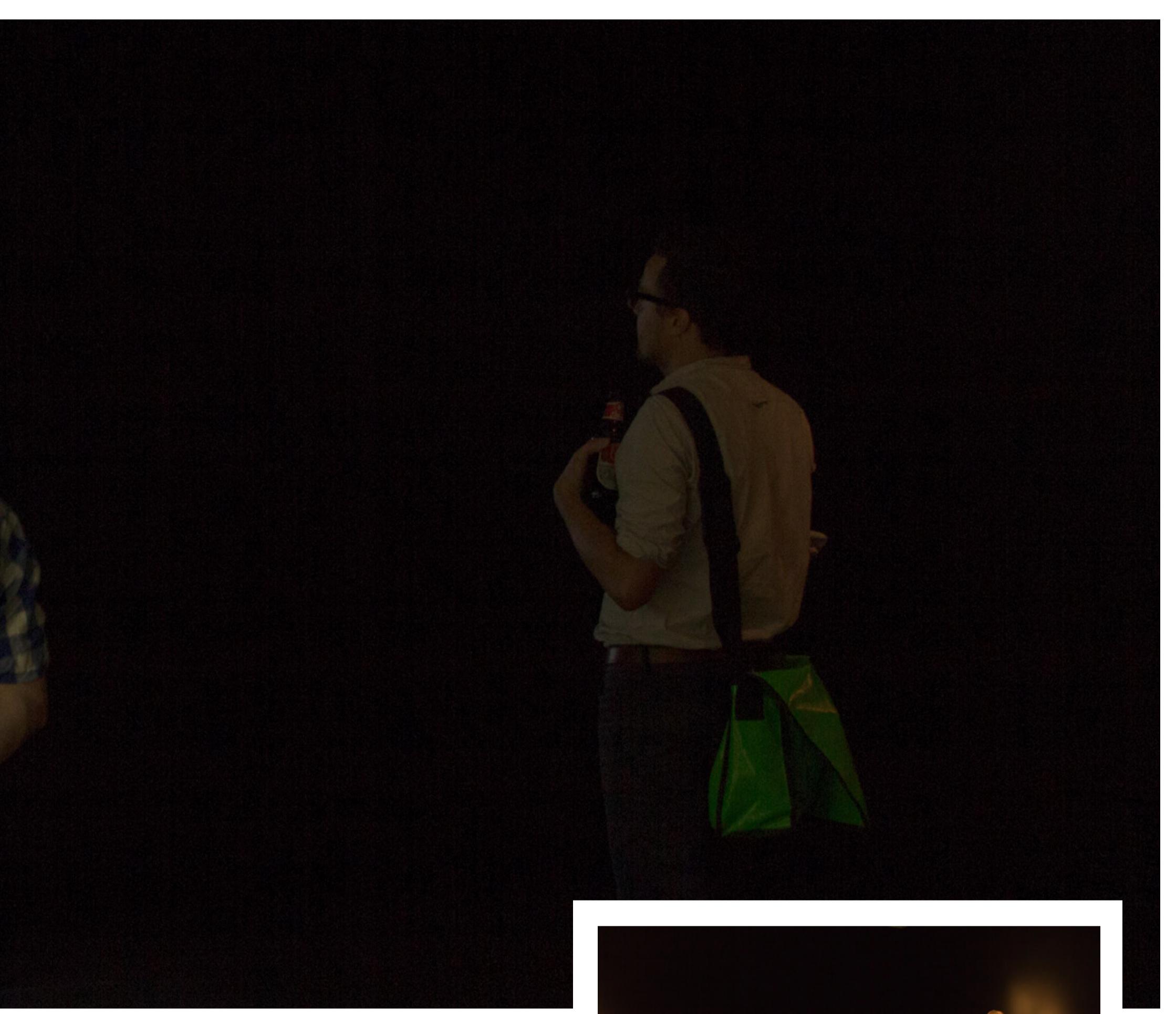
IN THE BELLY OF FASCISM AND COLONIALISM #2

Annalisa Cannito beschäftigt sich in ihrer künstlerischen Forschung mit den gegenseitigen Beziehungen zweier historischer Phänomene: der anhaltenden Fortführung von Unterdrückung und Gewalt und den heutigen nekrokapitalistischen Praktiken. Sie analysiert den historischen Kolonialismus und Faschismus mit Fokus auf den italienischen Kontext und dessen Schnittfläche mit zeitgenössischen Formen von Kolonialisierungen und „Faschisierung“.

Mit „Belly of Fascism and Colonialism“ startet bzw. fordert sie eine bis heute ausgebliebene kritische Auseinandersetzung der italienischen Gesellschaft mit den Auswirkungen des kolonialistischen bzw. faschistischen Erbes, wie z.B. den aktuellen Flüchtlingsbewegungen, der rassistischen und geschlechtlichen Wahrnehmung der Konstruktion des „Anderen“, der restriktiven und rassistischen Einwanderungspolitik, den gewalttätigen rassistischen Übergriffe seit den 1980er Jahren, der neuerlichen Ausbreitung von faschistischen Ideologien und Organisationen auf dem gesamten Staatsgebiet.

Die Installation „Belly of Fascism and Colonialism“, die im Innsbrucker Kunstpavillon gezeigt wurde, verweist auf verschiedene historische und gegenwärtige Ereignisse: Die italienische Einigung erfolgte erste 1861 und ging alsdann einher mit dem Glauben, dass dieser neue Nationalstaat damit auch Anrecht auf ein Überseereich hätte. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden Somalia, Eritrea, Libyen und einige Inseln der Dodekanes annektiert. Vorher gab es bereits Versuche Äthiopien einzunehmen, welche in der Schlacht von Adua 1886 an der afrikanischen Gegenwehr schei-

terten. Der zweite italienische – nun faschistische – Abessinienkrieg fand zwischen 1935 und 1936 statt und bescherte dem Land eine fünfjährige Besetzung. Aufgrund des Krieges verhängte der Völkerbund ein Embargo gegen Italien. Mussolini reagierte mit einem nationalen Solidaritätsaufruf an die italienische Bevölkerung und erklärte Italien für autark. Um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgrund des Embargos abzuschwächen, startete das Regime die Kampagne „Oro alla patria“, mit welcher Gold und andere Wertgegenstände bei der Bevölkerung gesammelt wurden, um den



Krieg gegen Äthiopien zu finanzieren. Der 18. Dezember 1935 wurde als „Giornata della fede“, einem hoch emotionalen Massenevent am Altar des Vaterlandes in Rom inszeniert, um Eheringe und andere Schmuckgegenstände aus Gold, Silber, Bronze und Kupfer einzusammeln. Während der äthiopischen Besetzung war der faschistische General Rodolfo Graziani verantwortlich für eine rücksichtslose Zurückschlagung von antikolonialistischen Revolten. Er war es auch, der neben anderen Gräueltaten beschloss, Senfgas, das von der Genfer Konvention verboten wurde, gegen die unbewaffnete äthiopische Bevölkerung einzusetzen und damit Tausenden Menschen zu töten und weite Landstriche zu verwüsten. In den 1950iger Jahren wurde er für diese Verbrechen zu 19 Jahren Haft verurteilt, musste aber davon nur vier Monate absitzen.

Der Film „The Lion of the desert“ (1981) des syrisch-amerikanischen Filmemachers Mu-stafà Akkad beschreibt, basierend auf einer akkuraten historischen Recherche, einerseits die Verbrechen und die Gewalt, welche von italienischen Soldaten in Libyen zwischen 1929 und 1931 unter der Regie von General Rodolfo Grazi-

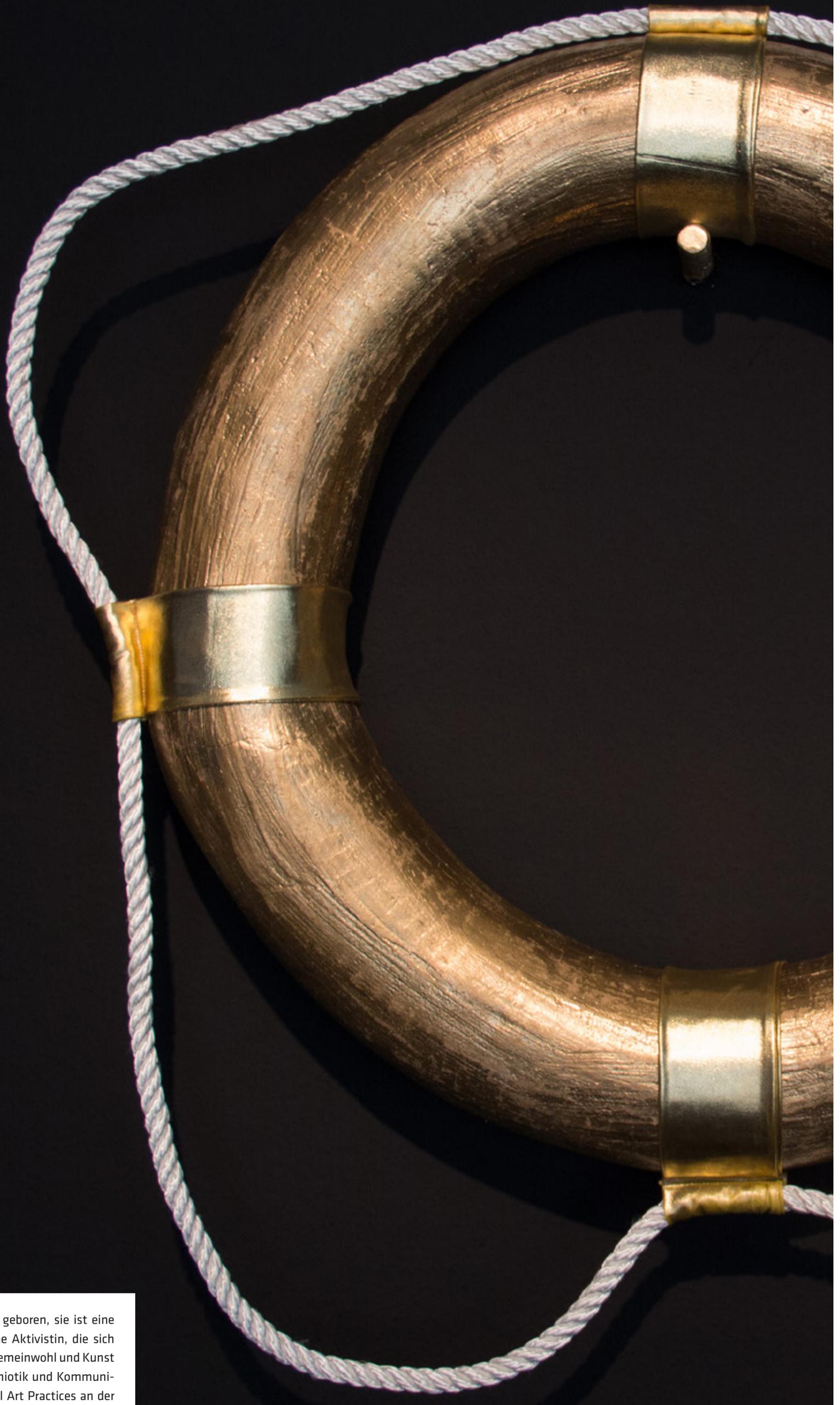
ani verübt wurde, als auch den anti-kolonialen Widerstand, der von Omar el-Muktar angeführt wurde. Auch in Libyen ordnete Graziani den Einsatz von chemischen Waffen an, brannte ganze Dörfer nieder, deportierte die gesamte Bevölkerung von Gebel in ein Konzentrationslager, in dem die meisten starben. Die italienische Regierung unterband 1982 die Vorführung des Films in Italien, da, nach Aussage des damaligen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti „die Ehre der Armee im Film verletzt wird“. An Graziani erinnern heute nicht nur Straßen, Plätze, Kinos und Theater in ganz Italien, sondern auch ein Mausoleum in seinem Geburtsort Affile. Auf der Gemeindewebsite wird er sogar als illustre Persönlichkeit dargestellt.

In Italien offenbart sich immer wieder das latente rassistische Gedankengut bei Politikern und Medien: Anschließend an das bekannte Schiffsunglück in Lampesuda 2013, dessen Opfer vor allem aus Eritrea, Somalia und Äthiopien (allesamt ehemalige Kolonien) stammten, beschloss die italienische Regierung, die Kontrolle der Mittelmeerküste zu verstärken. Dafür wurde die Operation Mare Nostrum eingeführt, die von Oktober 2013 bis November 2014 vom



italienischen Heer in Zusammenarbeit mit Frontex, der Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit, an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, durchgeführt wurde. Der militärische Einsatz inkludierte Helikopter, Flugzeuge, Wasserflugzeuge, Drohnen und verschiedene Überwachungs-, Kontroll- und Verteidigungstechniken. Von der italienischen Politik und den meisten Medien wurde Mare Nostrum als humanitäres Projekt zur Rettung von Flüchtlingen in Notsituationen auf hoher See dargestellt, obwohl das Hauptanliegen der Operation die Verhinderung von Überfahrten nach Italien war, indem die Schiffe bereits in Libyen blockiert wurden, sobald sie die afrikanischen Nordküste verließen. Die Drohnen spürten die Flüchtlinge in den

internationalen Gewässern auf und das Militär konnte sie dadurch abfangen, bevor sie italienisches Hoheitsgebiet erreichen und um Asyl ansuchen konnten. Somit konnten sie ohne weiteres nach Afrika zurückgeschickt werden. Als Mare Nostrum bezeichneten die antiken Römer das Mittelmeer. In den Jahren nach der Italienischen Einigung wurde der Begriff von italienischen Nationalisten wiederentdeckt und später von Benito Mussolini gebraucht, der die „Größe“ des römischen Imperiums wieder herstellen und Italien als führende Macht im Mittelmeerraum etablieren wollte.



ANNALISA CANNITO wurde 1984 in Acqui Terme (I) geboren, sie ist eine trans-disziplinär arbeitende Künstlerin und politische Aktivistin, die sich mit historischer Politik, EU Einwanderungsthemen, Gemeinwohl und Kunst im Öffentlichen Raum beschäftigt. Sie studierte Semiotik und Kommunikationswissenschaft in Bologna und Post Conceptual Art Practices an der Akademie der Bildenden Künste in Wien. Von Oktober 2014 bis Juni 2015 war sie Stipendiatin am Künstlerhaus Büchsenhausen in Innsbruck. Unter anderem stellte sie im Kunstraum in Innsbruck und im Württembergischen Kunstverein Stuttgart aus. Ihr Werk ist Teil der Sammlung des 2017 wiedereröffnenden Weltmuseums in Wien. Zur Zeit lebt sie in Algier.

den Integrationsprozess folgten schließlich Ressentiments: Klagen über mangelnde Solidarität; über die starre Haltung der unerbittlichen Nordeuropäer; helle Aufregung über die Karikatur der Südeuropäer als Schmarotzer. Für viele Bürger Südeuropas stellt die EU heute den ausführenden Arm einer Politik dar, die es darauf anlegt, ihre Demokratien unterdrücken. Andere – vor allem nordeuropäische – Staaten kritisieren hingegen die Unfähigkeit der EU, die Einhaltung der vereinbarten Kriterien zu garantieren.

Was bedeutet die zunehmende Euroskepsis in einem traditionell europafreundlichen Land wie Italien? Sicherlich hat die Wirtschaftskrise maßgeblich zur negativen Einstellung gegenüber der EU beigetragen – ein Phänomen, das in allen Mitgliedsstaaten zu beobachten ist. Die aktuellen Ressentiments sind die Folge der Unfähigkeit der Europäischen Union, die Wirtschafts- bzw. Finanzkrise in den Griff zu bekommen und angemessen auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. In Ermangelung einer gemeinsamen Vision scheint der Traum einer politischen Gemeinschaft und einer gemeinsamen Politik zu zerplatzen. Die Unfähigkeit zur konzentrierten Bewältigung der Flüchtlingsströme, mangelnde Sicherheit im Angesicht der Bedrohung durch fundamentalistischen Terror und das Fehlen einer außenpolitischen Strategie zwingen die Mitgliedsstaaten dazu, wieder im Alleingang zu handeln. Hinzu kommen die wachsenden Probleme im Mittleren Osten und die neue Rolle Russlands in der Weltpolitik.

Die Präambel der Römischen Verträge spricht vom Prozess „einer immer engeren Union der Völker Europas“, den man weiterführen wolle. Ursprünglich war jedoch die Rede von einer politischen Union der Mitgliedsstaaten. Eliminiert wurden also die Politik und die Staaten. Werden wir nun Zeugen einer Renationalisierung?

Die heimtückischste aller Herausforderungen in Europa ist der Populismus. Italien schlägt sich schon seit Jahrzehnten damit herum. Doch die populistische Wende beschränkt sich nicht auf die Halbinsel, der reiche Norden ist heute gleichermaßen davon betroffen. Sogar die skandinavischen Länder, die den höchsten Grad an sozialer Gleichheit aufweisen und in der Vergangenheit stets Vorbildfunktion hatten, sehen populistische Kräfte im Aufwind. Die Tatsache, dass diese Bewegungen in so unterschiedlichen Ländern mit völlig anderen gesellschaftlichen Bedingungen gleichermaßen auf dem Vormarsch sind, lässt die Annahme zu, dass das Phänomen nicht bloß mit der Wirtschaftskrise zu erklären ist. Es betrifft auch nicht nur rechte, sondern auch linke Parteien.

Gemein ist allen populistischen Bewegungen, dass sie die Eliten bekämpfen, die offenbar ein Programm verfolgen, dessen Nutzen für die Bürger nicht offensichtlich ist. Sie bieten all jenen Zuflucht, die von den traditionellen Parteien, die das Nachkriegseuropa aufgebaut haben, enttäuscht sind und nun rasche Lösungen für reale Probleme suchen. Eine von ihnen gern verbreitete Botschaft besagt, dass die nationalen Demokratien abgebaut würden, ohne auf EU-Ebene demokratische Institutionen aufzubauen. Es kümmert sie nicht, dass Europa von Anfang an mit Bedacht auf die eigenen Interessen – als Projektion nationaler Bestrebungen – konzipiert wurde; mit der Option, bei einem eventuellen Scheitern der eigenen nationalstaatlichen Interessen diese problematische Struktur der EU wiederum anprangern zu können und so jede Verantwortung von sich zu weisen. Die Bevölkerung wird als Opfer der Eliten betrachtet. In der Beweisführung dieser Sonderform der Verschwörung

rungstheorie dienen Finanzkapitalismus und syrische Flüchtlinge gleichermaßen als Beweise einer internationalen Verschwörung. Es ist ein Aufbegehren gegen augenscheinlich korrupte politische Eliten. Doch der Populismus richtet sich stets gegen einen nicht dazugehörigen Sündenbock, z. B. gegen „die politische Kaste“ oder gegen die „Bedrohung“ durch Immigranten. Dabei stecken die populistischen Bewegungen selbst voller Widersprüche: angefangen bei dem Paradox, dass sie sich als Wahrer der Demokratie stilisieren, während sie selbst von unbestrittenen Führungspersönlichkeiten geleitet werden und einem unverblümtem Personenkult huldigen.

Der emotionale und manipulative Umgang mit politischen Themen macht es schwierig, populistische Bewegungen einzudämmen. Die Wahrnehmung wird zur Wahrheit, auch wenn sie obsolet ist. So zeichnen sich die populistischen Bewegungen und Parteien derzeit nicht durch klare politische Programme aus. Sie protestieren, ohne konstruktive Vorschläge einzubringen, denn es liegt ihnen mehr daran, zu empören und die Opferrolle einzunehmen, als daran, eigene politische Lösungsvorschläge darzulegen. Doch: Empörung ist keine Politik sondern unpolitisch, anstelle der politischen Reflexion tritt ein Moralismus ohne Weitblick. Dabei ist den populistischen Bewegungen ein gewisses Maß an Verantwortungslosigkeit gemein. Alexander Hamilton notierte in den „Federalist Papers“:

„Wenn die wahren Interessen des Volkes im Widerspruch zu seinen Wünschen stehen, ist es die Pflicht derjenigen, die das Volk zu seinen Interessenvertretern gewählt hat, die Verblendung, der es momentan unterliegt, zu bekämpfen. Nicht selten errichtete ein auf diese Weise vor seinen Fehlern bewahrtes Volk den Männern, die den Mut gehabt hatten ihm zu missfallen, bloß um ihm zu dienen, nachträglich ein Denkmal.“

Hamilton lebte nicht in der Zeit der Social Networks. So sehr er an die säkulare Tradition der repräsentativen Demokratie anknüpft, so wenig möchte er die Wähler stigmatisieren. Eine Protestwahl drückt stets einen Vertrauensmangel gegenüber traditionellen Parteien, aber auch eine Krise der repräsentativen Demokratie insgesamt aus. Es handelt sich um eine veritable Krise zwischen Staatsbürgern und Regierenden, zwischen Volk und Volksvertretern, um die Vertiefung des kulturellen Grabens, der die Eliten von den Bürgern trennt. Der Geist, der stets verneint, kann bekanntlich enormen Schaden anrichten. Wenn also keine Antworten in Bezug auf die Flüchtlingsproblematik, auf die Reform des Sozialstaates und der Demokratie gefunden werden, verleiht man jenen Kräften Auftrieb, die folgerichtig wachsen und von dem Schwund an Gemeinsinn zehren, den sie selbst zu verantworten haben. Darum sind die Parteien und die Politik insgesamt heute mehr denn je gefordert, Antworten zu finden. Sie müssen Lösungen für die Probleme der Menschen anbieten und dabei jene Vereinfachungen vermeiden, für die in einer globalisierten Welt ohnehin kein Platz ist.

Die Demokratie kann nur dann verwirklicht werden, wenn sich die Politik Seite an Seite mit den Bürgern engagiert, indem sie den Bürgern nicht durch immer neue Regeln vorschreibt, was zu tun ist, sondern deren Bedürfnisse auf die politische Agenda setzt. Die Sorgen und Bedürfnisse der Bevölkerung müssen Teil des politischen Entscheidungsprozesses werden. Was wir heute sehen, ist jedoch das genaue Gegenteil: eine politische Klasse, die hinter sieben Türen Verhandlungen führt, offenbar in der Annahme, dass die Menschen nicht verstehen, worum es geht,

oder nicht in der Lage sind, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Die populistischen Kräfte können aber nur dann zurückgedrängt werden, wenn die Probleme, die sie benennen, ernst genommen werden, dabei aber eine glaubwürdige Alternative aufgezeigt wird, die den einfachen Antworten der Demagogogen etwas entgegensemmt und die demokratischen Institutionen stärkt. Dazu zählt, verängstigten Bürgern Antworten im Rahmen der bestehenden Institutionen zu geben, denn die Institutionen sind das Instrument, mit denen die Bürger ihre Bedürfnisse verwirklichen können. **Erst wenn wir verstehen, dass es sich nicht vorrangig um eine Legitimationskrise der Europäischen Union handelt, sondern um eine Legitimationskrise der Nationalstaaten**, wird es uns vielleicht gelingen, die Probleme, die uns bedrängen, nachhaltig zu lösen.

Was das Europäische Projekt betrifft, sollten wir damit aufhören, seine Konzeption mit jener eines Nationalstaates zu vergleichen. Es wurde geschrieben, wer einen definitiven Anfang, Kontinuität und Einigkeit suche, der würde Europa aus den Augen verlieren. In der Tat: Europa ist nicht homogen und darf es auch nicht sein. Was zählt, ist das politische Gerüst und dessen Gültigkeit in diesem ganz speziellen Kontext. **Auch der Nationalstaat funktioniert bloß über ein politisches Konstrukt. So gingen die nationalen politischen Eliten stets von der Homogenität eines Volkes aus, die in Wirklichkeit nie bestand.** Oft war sie bloß das Ergebnis schwerer politischer, symbolischer und kultureller Eingriffe. In Frankreich, einem Land, dessen Nationalstolz allgemein bekannt ist, sprach Anfang des 20. Jahrhunderts nicht einmal die Hälfte der Bürger französisch.

Wenn wir unter Homogenität die Gleichheit der Sprache und Kultur verstehen, wird klar, dass der europäische Integrationsprozess eine Chimaere ist, schwer erreichbar, ein Mythos, ein Märchen, das man einst seinen Enkeln erzählen wird. Homogenität ist zudem keineswegs erstrebenswert. Europa ist nur denkbar als politisch und kulturell heterogene Entität, ein Zusammenschluss von Nationen, welche ihrerseits wieder von internen kulturellen Differenzen geprägt sind. Mehr noch: **auch die Nationalstaaten werden nicht umhin kommen, sich zunehmend als Zusammenschlüsse heterogener ethnischer, linguistischer und kultureller Komponenten zu verstehen.**

Was ist zu tun? Geoffrey Barraclough zufolge liegt die offensichtlichste Schwäche der Idee von Europa darin, dass sie immer nur dann Gestalt annimmt, wenn große Gefahr droht – eine Einheit auf Zeit. Sobald die Bedrohung schwindet, verwässert auch die Idee von Europa. Zudem ist es nicht untypisch für unsere Gesellschaft, Probleme, die zutage treten, erst einmal abzustreiten, selbst wenn sie schon überall sichtbar sind. Um diese Probleme zu benennen, braucht es Mut. Somit bedarf es politischer Vertreter, die klare Worte finden und imstande sind, Sorgen und Ängste ohne Umschweife anzusprechen. Natürlich können wir statt von Bedrohungen von Herausforderungen sprechen. Doch all dies ändert nichts daran, dass die einzelnen europäischen Länder in einer globalisierten Welt immer weniger Gewicht haben werden.

Es gibt heute etliche Herausforderungen, welche die einzelnen Nationalstaaten alleine nicht bewältigen können, etwa Umweltschutz, Flüchtlingsströme, Terrorismus, Schutz der Außengrenzen. Dabei wird klar, dass wir mehr denn je ein gemeinsames Europa brauchen. Wir wären gut beraten, dies anzuerkennen.



Foto: Werner Feiersinger

Giorgio Mezzalira & Monika Weissensteiner¹⁾

Brenner – confinis – Südtirol

Für eine Kultur und eine Politik des Zusammenlebens

„Freiheit – Sicherheit – Gerechtigkeit“ sind Worte, die sich Europa auf die Fahne schreibt und zu seinen Fundamenten erklärt. „Europe... Freedom and Democracy?“ – Fragezeichen. Viele, in der Stille eines lauten Bahnhofs. Es sind die mit einem Fragezeichen versehenen Worte eines Mannes aus Eritrea, nachdem er das Kommissariat der italienischen Grenzpolizei am Brenner verlässt und nun am Bahnhof sitzt. Das sind die wenigen – aber bedeutungsvollen – Worte, die er auf Englisch kennt. Er wurde von mobilen österreichischen Polizeipatrouillen zwischen dem Brenner und Innsbruck aufgegriffen und an den Brenner zurückgebracht.

Brenner – Pass, Staatsgrenze und Formen von (Im)Mobilität

Als niedrigster Pass der Alpen ist der auf 1.370 Meter Meereshöhe gelegene Brenner seit jeher Grenze und Übergang für Menschen und Güter. Die kommerzielle Brenner-Route für den Handel zwischen Verona und Tirol entwickelte sich zwischen dem 9. und 16. Jahrhundert. 1867 kam die Eisenbahnstrecke Bozen-Innsbruck, 1959 begann der Bau der Brenner-Autobahn. 1919 wurde durch die Verträge von Saint-Germain der Brenner zur Grenze zwischen Italien und Österreich erklärt. Seit der Brenner Staatsgrenze ist, passierten Menschen auf der Flucht diese lokale Grenze im Kontext europäischer und globaler Veränderungen und Unsicherheiten: Menschen auf der Flucht während des 1. und 2. Weltkrieges; im Rahmen der sog. „Option“ die Südtiroler Optanten; Hitler und Mussolini trafen sich am 18. März 1940 am Brenner, 1943-45 erfolgte über die „Brenner-Route“ die Deportation tausender Menschen in die nationalsozialistischen Arbeits- und Vernichtungslager; in den 1960er-Jahren passierten

italienische MigrantInnen auf dem „München Express“ den Brenner, auf der Suche nach Arbeit in Deutschland; in den 1990er-Jahren standen Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien vor den Grenzstangen oder passierten die Staatsgrenze über die Berge²⁾. Heute sind es Menschen auf der Flucht aus Ländern wie Syrien, Eritrea, Somalia, die hier an beiden Seiten des Brenners erstmals an Europas Grenzen stoßen, trotz Schengen.

Durch das Inkrafttreten des Schengen-Abkommens 1998 wurden die Grenzstangen am Brenner entfernt – Sinnbild wirtschaftlicher und politischer Integration Europas und in der lokalen geschichtlich-geprägten Empfindung ein bedeutungsvolles Ereignis. Heute gibt es an der Grenze einen Kreisverkehr und ein Shopping-Center. Die Marktgemeinde zählt nur mehr rund 230 Bewohner, wenige Auto rollen über die Staatsstraße, der Transit erfolgt über Autobahn und Zug. Doch der „Schein“ der freien Zirkulation von Waren und Personen trügt. Der Schengener Grenzkodex³⁾ sieht zum einen vor, dass Mitgliedsstaaten „nicht systematische“ Kontrollen auch in Grenzgebie-

ten durchführen können; zum anderen, temporär und als letzte Möglichkeit, können systematische Grenzkontrollen eingeführt werden, wenn nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung bedroht sind.

Der Brenner ist eine jener innereuropäischen Grenzen die seit ein paar Jahren Problempunkte der aktuellen europäischen Asyl- und Aufnahmepolitik – in primis der Dublin-Verordnung⁴⁾, viel diskutierte und breit kritisierte zentrale „Säule“ des „Gemeinsamen Europäischen Asyl-Systems“ – und Konflikte zwischen EU-Mitgliedsstaaten aufzeigen. Die 2016 Debatte rund um eine temporäre Wiedereinführung von Grenzkontrollen am Brenner durch Österreich hat auf äußerst interessante Weise aufgezeigt, wie verstrickt die vielfältigen historisch sedimentierten und aktuellen Bedeutungen des Brenners auf lokaler, staatlicher und europäischen Ebene sind, eingebettet in aktuelle Machtbeziehungen und Interessen. Die Antworten auf die Flüchtlings-Situation am Brenner von 2014 bis heute waren immer polizeilicher Natur – heute z.B. ist es am Brenner ruhiger denn je, aufgrund von verstärkten Kontrollen in ganz Norditalien – die notwendigen politischen Antworten in Form einer grundlegenden Reform des Asylsystems sind ausgeblieben.

Wie auch in der Grenzforschung aufgezeigt wurde, sind „Grenzen“ nicht „Linien“, sondern reichen weit ins Territorium hinein und darü-

ber hinaus, sie sind mobil und selektiv, filtern – sind potentiell immer gegenwärtig für gewisse „Kategorien“ von Menschen, während sie kaum spürbar für andere sind – und verkörpern Machtdynamiken⁵⁾. Zugleich spielen inner-gesellschaftliche Grenzen und die damit verbundene Kultur und Politik der Grenzziehung und des Zusammenlebens, eine Rolle.

Auf der Grenze stehen

Die Grenze hat aufgehört nur eine Demarkationslinie darzustellen, die eine Sperre oder ein Scharnier zwischen den Staaten bildet. Sie reproduziert und vervielfacht sich in den Gegenden die mit Migrationsphänomene zu tun hatten oder haben.

Auf der Grenze zu stehen ist nicht mehr nur ein Privileg oder Nachteil derjenigen, welche in den Grenzregionen leben, es ist vielmehr die verbreitete Lebenssituation von Bevölkerungen ganzer Länder, wenn nicht gar ganzer Kontinente. Die räumlichen Abstände zwischen uns und „den Anderen“ haben sich verringert, dadurch begegnen und reiben sich zwei oder mehr Welten, zwei oder mehr Kulturen, zwei oder mehr Sprachen. Es handelt sich keineswegs um vorübergehende oder um außerordentliche Phänomene, sondern um Wirklichkeiten die zur Norm werden und das aktuelle von anderen Jahrhunderten unterscheidet. Die widersprüchlichen Antworten der EU auf die Migrationsflüsse von der anderen Seite des Mittelmeers zeigen die unzureichenden Instrumente und Erfahrungen in diesem Bereich. Ein Versäumnis das aber nicht die Dringlichkeit mit sich bringt das Problem und die Entscheidungen – die mittlerweile unaufschiebbar sind – anzugehen: Integrations- oder Separationspolitik? Werden die verschiedenen Herkünfte inklusiv oder exklusiv definiert? Das sind offene und unausweichliche Fragen, deren Beantwortung sich nicht der vollen Komplexität entziehen kann: „Integration ist eines jener „Amöben“-artigen Wörter, formlos und schwer im Inhalt zu definieren. Es kann etwas sehr positives bedeuten, wie etwa dafür sorgen, dass sich alle wohl fühlen. Aber im Grunde genommen kann es auch bedeuten sich jemanden einzuleben und zu verdauen, kurzum das was verschieden ist tilgen. [...] es gibt viele Arten von Assimilation, mehr als durch die Schule oder gar dem Verbot einer Sprache oder Religion, wird sie heute einfach durch industrielle und konsumorientierte Massifizierung durchgeführt, welche in Wirklichkeit viel effizienter darin ist Unterschiede zu tilgen, als jede andere Politik“⁶⁾.

Alexander Langer – der Südtiroler Apostel des Zusammenlebens – verdeutlicht hier, welches der Ausgangspunkt für eine tiefe und reife Reflexion zum Thema der Begegnung mit „den Anderen“ sein kann und soll. Die Notstandslogik, mit welcher aktuell auf die Migrationsfragen geantwortet wird ist per Definition kurzsichtig. Es ist notwendig dass wir den Horizont des Problems erfassen um Lösungen zu finden. Wer die Thematik untersucht und eigene Erfahrungen gemacht hat kann Orientierung geben.

Langer, von Südtirol nach Europa: Für eine Kultur und Politik des Zusammenlebens

Das Südtirol von Langer ist ein Grenzgebiet dessen Selbstverständnis mehr durch Stabilität als durch Mobilität geprägt ist. Aus historischen und politischen Gründen – die hier nicht ausgeführt werden können – hat Südtirol mehr Zeit damit verbracht, seine spezifischen ethnischen Wurzeln zu „entdecken“ und zu behaupten, seine eigene Tradition zu erfinden, als sich als Region in der mehrere Gruppen zusammenleben zu verstehen. Den zentralen Wert, den die Tradition und die Wurzeln einnahmen ist gewachsen und wurde genährt, bis sie Aus-

druck der politischen Grundkultur wurden um den ethnischen Aspekt hervorzuheben. Dies auch als Antwort auf die Begegnung und die Konfrontation mit Bevölkerungen anderer Sprache und Kultur. Vor allem die italienischsprachige Immigrationsgruppen in Südtirol wurden als Gefahr – im Sinne der Überfremdung – wahrgenommen. Angst und das Gefühl der Bedrohung hatten mehrere Ursachen um zu wachsen, auch da in der Zwischenkriegszeit der Faschismus in der Provinz Bozen eine Politik der Zwangstitanisierung betrieb und im ersten Jahrzehnt der zweiten Nachkriegszeit der Zustrom von Migranten aus den anderen italienischen Regionen nicht nachließ. Es war eine Migration welche die Region radikal veränderte und eine Territorium schuf, in welchem mehrere Volksgruppen dauerhaft leben: Deutsche, Ladinier und Italiener.

Historisch wurde Südtirol von unterschiedlichen Arten von Migrationsphänomenen berührt: Die religiöse Migration (im 16ten Jahrhundert verließen die Anabaptisten Tirol um sich in Mähren zurückzuziehen), die wirtschaftlichen Binnenmigrationen in der austro-ungarischen Epoche mit seinen „Kindermärkten“, die Migration als politische Waffe und demographisches Mittel (während des Faschismus), die zwanghafte Migration (die Aussiedlung der Südtiroler während der Option 1939), die ökonomische Emigration der Südtiroler in den 50iger Jahren (aufgrund der Modernisierung in der Landwirtschaft), die wirtschaftliche Immigration nach dem Zweiten Weltkrieg (aus Venetien, dem Nordosten und Süden Italiens), die Einwanderung

des ungleichen Fortschritts heraustrennte. Die Südtiroler Erfahrung war für ihn gleichzeitig Ausgangspunkt und zu betrachtendes Beispiel, in der Begegnung mit „anderen“ eine Praxis, Kultur und Politik des Zusammenlebens zu erproben. Sein Appell fürs Zusammenleben war verbunden mit dem Bewusstsein dafür, dass in der Vergangenheit die Wanderungen von großen Bevölkerungsgruppen Gewalt, Krieg und Intoleranz hervorriefen. Langer unterstrich zum einen, dass wir keinerlei Recht haben Barrieren aufzubauen gegenüber diejenigen, die aus benachteiligten Erdteilen kommen, insofern wir als Kinder von prosperierenden und bevorzugten Kontinenten hingehen können wo wir wollen. Zum anderen war er der Überzeugung, dass eine Kultur der Verschiedenheit – wenn auch komplexer und schwieriger – gegenüber einer Kultur der Vereinheitlichung überwiegen müsse⁷⁾.

Grenze – confine: confinis

con = gemeinsam, comune

finis = Limit(e)

Der Etymologie des lateinischen Wortes *confinis* folgend, ist Grenze etwas, das sowohl trennt, als auch etwas das vereint. Eine Kultur, aber eben auch Politik der Grenzziehung bedingt darum auch immer eine Kultur und Politik des Zusammenlebens und umgekehrt. Letzteres unterstreicht die Wichtigkeit dieser zweiten, oft vergessenen etymologischen Bedeutung von Grenze, als etwas das verbindet, das in Beziehung setzt; sie ermöglicht

Giuseppe Pizzigoni, Casa Minima, Bergamo



Foto: Werner Feiersinger

aus nichteuropäischen Ländern (seit den 90iger Jahren). Bewegungen und Vermischungen von Bevölkerungsgruppen, die vor allem im 20. Jahrhundert das Identität-Herkunft-Risiko zu einem zentralen Thema machten und einen schwierigeren Weg für das künftige Zusammenleben vorgaben.

Langer ging das Migrationsthema an, indem er es nie aus dem großen Zusammenhang

aus nichteuropäischen Ländern (seit den 90iger Jahren). Bewegungen und Vermischungen von Bevölkerungsgruppen, die vor allem im 20. Jahrhundert das Identität-Herkunft-Risiko zu einem zentralen Thema machten und einen schwierigeren Weg für das künftige Zusammenleben vorgaben.

Diversität, ist aber gleichzeitig potentielle Brücke für die Entstehung von Neuem. Denn, trotz des Festhaltens an Stabilität und Angst oder Skepsis vor Wandel, war und ist Südtirol in Bewegung. Die Frage des Zusammenlebens zeigt sich aus diesem Gesichtspunkt nicht wie ein Warten, oder eine uninteressante Anwandlung eines Akts des Guten Willens, sondern als ein Bedürfnis: Ein wahre und wirkliche Investition in die Zukunft.

- 1) M. Weissenseiner, Anthropologin, Kaltern; G. Mezzalira, Historiker und Lehrer, Mitglied Alexander Langer Stiftung, Bozen. (Die original zweisprachige Version wurde von der Redaktion einheitlich ins Deutsche übersetzt).
- 2) <http://www.europadreaming.eu/>
- 3) Verordnung (EU) 2016/399
- 4) Verordnung (EU) 604/2013
- 5) Vaughan-Williams, Border Politics. The Limits of Sovereign Power, 2009; Mazzadra & Nielson, Border as a Method. Or, the multiplication of labor, 2012; Balibar, Politics and the Other Scene, 2002, u.a.
- 6) A. Langer, Dal Sud Tirolo all'Europa, p. 34
- 7) Ibid, p. 34, 36; siehe auch A. Langer, Zehn Punkte fürs Zusammenleben, 1995.

Antonella Palladino

Umbruch im italienischen Kunstbetrieb

Der Kunstbetrieb und die zeitgenössische Kunst in Italien befinden sich in einer Krise. Das ist offensichtlich, doch wohin geht die Reise? Eine Betrachtung über den grundlegenden Wandel des Kunstbetriebs, der mit dem Crash von Lehman Brothers 2008 begann.

Offenbar befindet sich die zeitgenössische Kunst in Italien in einer Phase der Stagnation, die nicht bloß den Kunstmarkt, sondern auch die künstlerisch-kulturelle Ebene erfasst. Es mangelt an Ideen und starken Inhalten, es fehlt eine neue Generation von KunstschaFFenden, denen es gelingt, sich auf internationaler Ebene zu behaupten.

Das Problem ist virulent, man spricht darüber in den Blogs, auf denen versucht wird, mehr Menschen in den Diskurs miteinzubeziehen, z.B. auf jenem von Luca Rossi, den Fabio Cavallucci „die interessanteste Künstlerschönheit im italienischen Panorama“ nennt. Das Hauptproblem der italienischen Kunst ist – jenseits aller Sachzwänge, die auf dem Markt lasten – die Abwesenheit der Öffentlichkeit. Es gibt kein Publikum. Man erwehrt sich nicht des Eindrucks, dass sich das Kunstgeschehen innerhalb einer abgeschotteten Kaste abspielt, die selbst die Regel festlegt, wer dazu zählt und wer nicht. Diese elitäre Ausrichtung des italienischen Systems führt dazu, dass KunstschaFFende erstens leicht den Kontakt zur Lebenswirklichkeit verlieren und ihre Arbeiten an vorübergehenden internationalen Trends ausrichten; zweitens, dass dem Curriculum des Künstlers größte Wichtigkeit beigemessen wird; drittens kommt ein allgemeines Desinteresse seitens der öffentlichen Hand, der Politik, hinzu. Nichtsdestotrotz entstehen gerade derzeit viele neue Ideen und Initiativen, die allerdings noch ihren gemeinsamen Weg finden müssen.

Zentrum und Provinz

Mailand ist und bleibt der Dreh- und Angelpunkt der italienischen Kunstwelt, der Ort, an dem sich nicht nur aufgrund des weitverzweigten Netzes an Galerien, sondern auch aufgrund der Effizienz des Kommunikationssektors, stets neue Möglichkeiten auftun. Es ist die polyzentrische Tendenz einer Szene, die aus dem künstlerischen Untergrund heraus agiert, die stets in Bewegung ist und neue Situationen und Alternativen zum System der arrivierten Galerien schafft. Wer die italienische Kunstwelt auch geografisch durchläuft, wird feststellen, dass auch jede Region ihre speziellen Eigenheiten gleichsam einer Identität bewahrt und pflegt.

Auf der einen Seite haben wir Mailand mit seinen Kunstmessen und Veranstaltungen, andererseits ist es mehr als offensichtlich, dass die Kunst im digitalen Zeitalter keinen privilegierten oder einzigartigen Ort mehr hat.

Verlagert man den Blick nach Norden, nach Trentino und Südtirol, so fällt auf, dass die Krise im restlichen Italien wesentlich stärkeren Niederschlag gefunden hat als in den zwei autonomen Provinzen.

Nachdem etwa Neapel eine Phase der künstlerischen Revolution erlebt hat – mit Kunst-Bahnhöfen und wichtigen zeitgenössischen Museen – kam es im Anschluss daran zur Abwanderung etlicher Galerien, darunter die Galleria T293. Das Ergebnis ist, dass die Kunstszene in Neapel sich heute innerhalb einer kleinen Gruppe bekannter Persönlichkeiten abspielt, und darüber hinaus Kunst aus dem Ausland bevorzugt wird. Dennoch hält

sich hartnäckig eine interessante Szene im künstlerischen Untergrund, die sich mit den realen Problemen und der realen Lebenswelt befasst, auf eine Weise, wie es andernorts häufig nicht mehr der Fall ist.

In den vergangenen Jahren entstanden neue Einrichtungen wie „Made in Cloister“, ein Kulturzentrum mit Künstler-Residenzen, das in einer ehemaligen Wollspinnerei untergebracht ist. Es handelt sich um ein mutiges Experiment städtischer Neuorientierung und wird von internationalen Künstlern und Designern mitgetragen. Eine weitere Einrichtung, die nach und nach vom traditionellen Kunstbetrieb absorbiert wurde, ist das *Museo Apparente*, jene zeitgenössische Öko-Galerie des Künstlers Corrado Folinea, deren neue Zweigstelle, die *Galleria Acappella*, an die Rolle der T293 Galerie in ihrer Anfangszeit erinnert. Noch immer ist Casaforte, im Zentrum der Quartieri Spagnoli, ein hybrider Ort zwischen öffentlichem und privatem Raum,

Zentrums von Bologna ist die Stiftung „Fondazione Collegio Artistico Venturoli“ aktiv. Sie stellt jungen KunstschaFFenden Ateliers zur Verfügung, schreibt Stipendien aus und verschafft ihnen Zugang zu den Kultur-Archiven der Stiftung.

Abbau von Bürokratie und Steuerlast

Dass der italienische Kunstbetrieb sich in einer Phase der Neubestimmung befindet, steht außer Zweifel. Dies lässt sich sowohl an den Veränderungen der Landkarte des Kunstbetriebs sowie auf legislativ-wirtschaftlicher Ebene ablesen. So versucht etwa die Vereinigung „Associazione Nazionale Gallerie d'Arte Moderna e Contemporanea“ seit geraumer Zeit, die Institutionen dafür zu sensibilisieren, dass das drückende Steuersystem und die unverständliche Bürokratie sowohl finanzielle Einbußen bedingen als auch das Image weiter beschädigen. Ein erstes Signal des Wandels war in diesem Zusammenhang die Einführung des Art Bonus.

Die jüngste Debatte rund um den Kunstmarkt dreht sich um einen Abänderungsantrag des



Nando Vigo, Casa Museo Remo Brindisi, Lido di Spina

Foto: Werner Feiersinger

ein offenes Atelier-Haus für künstlerische Projekte, bei denen sich Visionen und neue Ausdrucksweisen mit dem Alltag eines Künstlerduo verflechten.

Auch in Bologna brodelt es im Untergrund, diese Bewegungen sind gut verankert in der Identität dieser Universitätsstadt. Innerhalb und außerhalb der Hörsäle ist die „Accademia di Belle Arti di Bologna“ Drehscheibe einer großen Vielfalt an Ausstellungen und Events. Das Projekt OPEN TOUR verbindet etwa die Akademie mit den wichtigsten Kunstmuseen der Stadt im Rahmen eines Ausstellungscourts. Auch das MAMBO hat jüngst, in Zusammenarbeit mit Valerio Dehò und Carmen Lorenzetti, seine Aufmerksamkeit auf heute berühmte, ehemalige Studierende der Akademie gerichtet. Im Herzen des historischen

Gesetzesentwurfes 2085, mit dem die komplizierte Prozedur der Weitergabe von Kunswerken und zeitgenössischen Arbeiten vereinfacht werden soll, um so auch das Interesse internationaler Sammler wieder zu wecken und dadurch auch wieder wettbewerbsfähige Preise zu erzielen.

In dieser diskursiven Phase des Wandels ist es notwendig, die Aufmerksamkeit wieder auf den Künstler als Schaffenden zu lenken, dessen Ideen und Werke im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen sollten. Damit der Kunstbetrieb in seiner Gesamtheit funktioniert, müssen alle Teilbereiche ineinander greifen, um die bitter benötigte Neuorientierung in jeglicher Hinsicht zu bewältigen.

Übersetzt und redigiert: Sonja Steger, Haimo Perkmann

ITALOMODERN 1+2

Hannes Egger

Ein Rundgang in Oberitalien von 1948 bis 1976

Die erste Fotographien im chronologisch geordneten Parcours zeigte die „Casa Minima“, die etwas verloren beim Parkplatz des Fußballstadions von Bergamo steht. Sie stellte den Versuch des Architekten Giuseppe Pizzi-

Familien Wohnungen – die sogenannten „INA-Case“ – gebaut. In der Ausstellung zu sehen war z.B. die 21 Stocke hohe „Torre al Parco“ von Giuseppe Revere in Mailand, die gigantische, von 35 Architekten geplante Wohnhaus-

Vercelli, sowie die Rathäuser von Zandobbio, Pordenone und Sesto San Giovanni. Letzteres, von Piero Bottino geplant, besticht durch sein ungewöhnliches Farbkonzept. Die Fassade zeigt von unten nach oben den Farbverlauf von Tiefschwarz bis Rot-Orange-Gelb.

Das „Miracolo economico italiano“ das in den 50iger Jahren aufgrund der intensiven us-amerikanischen – nicht nur finanziellen – Unterstützung seinen Anfang nahm, 1960 den Höhepunkt erreichte und mit der Erdölkrisse von 1973 zum erliegen kam, zeigte sich in der Ausstellung immer wieder anhand von exzellent geplanten Ferienhäusern wie dem brutalistischen Sommerhaus von Vittorio Viganò aus dem Jahr 1957, der „Casa sotto una foglia“ von Giò Ponti von 1964, der „Casa Tabarelli“ von Carlo Scarpa und Sergio Los in Gironi (1967) oder dem von Nanda Vigo geplanten bewohnbaren Kunstmuseum „Casa Museo Remo Brindisi“ (1967).

In den 1970iger Jahren scheint das Thema Wohnen in Oberitalien wieder virulenter zu werden, denn „Italomodern 1+2“ präsentierte neben Kindergärten, Schulen, Studentenheimen, Sporthallen und Diskotheken vor allem große Wohnanlagen wie das Wohnquartier Rozzol Melara in Triest, eine Megastruktur aus Sozialwohnungen, an deren interner Straße 40 Stiegenaufgänge angebunden sind, die „Case Popolari“ von Marco Zanuso in Genau, die entfernte Anklänge an die Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit im „Roten Wien“ aufweisen oder die „horizontale Stadt“ „Le Baxix“ in Bergamo.

Foto: Martin und Werner Feiersinger

goni dar, nach der Zerstörung des 2ten Weltkrieges eine für jedermann leistbare Wohneinheit zu entwickeln. Sowohl der Grundriss als auch der Schnitt des Gebäudes offenbaren eine eigenwillige Raumschöpfung um möglichst viel Platz auf engstem Raum zu schaffen. Auch das zweite Foto präsentierte eine Minihaus: Mario Cavallè plante 1946 eine Serie von Kleinstunterkünften mit 45 m² Grundfläche. Pizzigonis Häuschen blieb ein Prototyp, der beinahe humoristische Entwurf der „Casa Zucca“ von Cavallè hingegen wurde acht Mal gebaut. Ein paar Bilder weiter war die Hauptfassade eines 1947 gebauten kirchlichen Waisenhauses in Mailand zu sehen.

Die Brüder Martin und Werner Feiersinger zeigten vom 22. April bis zum 26. Juli die Ausstellung „ITALOMODERN 1+2“ bei Kunst Meran. Diese umfassende Fotopräsentation der italienischen Nachkriegszeit war eine große Zusammenschau von Bekannten und Unbekannten Bauten. Frei von ideologischen und formalen Zensuren bot die Ausstellung einen Einblick in eine 30-jährige Architekturentwicklung in Oberitalien und stellte dabei die große Bandbreite der unterschiedlichen Strömungen und ihrer Vertreter vor – von Neorealisten und Rationalisten über Brutalisten und Organikern bis zu architektonischen „Freaks“.

Durch die chronologische Hängung der Fotos bot die Ausstellung auch einen Einblick in die Bauaufgaben der jeweiligen Zeit und ließ bei einem Rundgang die Jahre von 1946 bis 1976 Revue passieren.

In den 1950iger Jahren fiehlten in der Ausstellung die Büro- und Geschäftsgebäude in den Zentren der größeren Städte, aber vor allem die vielen Wohngebäude auf. Von 1948 bis 1962 wurden in Italien, mit der Grundlage des Wirtschaftsförderungs- und Wohnbauprogramms „Piano Fanfani“ für über 350.000

Anlage „Forte Quezzi“ hoch über Genua, mit insgesamt 865 Wohnungen, oder die 600 m lange, „Treno“ genannte Wohnanlage von Giuseppe Vaccaro in Bologna.

In der Ausstellung stachen die vielen – gut 10 % der gezeigten Projekte – innovativen und experimentellen Kirchenbauten hervor, die etwas zeitversetzt in den neu errichteten Wohnviertel der Städte entstehen. Die chronologisch erste Kirche der Ausstellung „Italomodern 1+2“ war die von Lugi Figini und Bino Pollini geplante und von 1952 bis 1954 errichtete „Madonna dei Poveri“ in Mailand. Besonders viele Kirchen wurden, kurz vor – man könnte meinen als Antizipation –, in der Zeit, bzw. knapp nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) gebaut. Diese Architekturen lösten den konziliären Anspruch der Anpassung der Kirche an die Gegenwart, Erneuerung und größere Klarheit im Denken auf jedem Fall ein: Die Architekturen von bedeutenden Planern wie Carlo Scarpa, Adalberto Libera, Gio Ponti oder Armando Ronca, nutzten die Möglichkeiten des Stahlbetons um zum Teil sehr extravagante, weiträumige und mit bewusster abstrakter Lichtmetaphysik ausgestattete Sakralräume zu schaffen. Unübersehbar der zeichenhafte Stahlbetonturm der „Chiesa del Sacro Cuore“ in Florenz, der mythische Raum mit perforiertem Dach aus rohem Beton der Kirche „Gesù Redentore“ in Turin oder das mit Polystyrol in der Doppelverglasung gefüllte Glashaus der „Chiesa Mater Misericordia“ in Mailand.

Ab den 1960iger mehrten den Ausstellungsparcours die Infrastrukturbauten für Bildung, z.B. die Hotelfachschule von Duino Aurisina, das Berufsschulgebäude in Busto Arsizio, die Bibliotheken in Dogliana und in Morbegno, die Studentenunterkünfte und das Universitätsgebäude von Urbino sowie Rapräsentationsbauten wie die Handelskammer von Turin und jene von

Martin und Werner Feiersinger dokumentierten mit „Italomodern 1+2“ die eigenwilligen und charaktervollen Bauwerke in Oberitalien bis zum Rücktritt der fünften Regierung Aldo Moro, welche eine Kapitalflucht nach sich zog und die Lira in ernste Schwierigkeiten brachte. Die Ausstellung legte ihr Augenmerk nicht nur auf die sogenannte zweite klassische Moderne, sondern auch auf jene Bauten, die Ausdruck jener – heute möglicherweise naiv anmutenden – Phase sind, in der noch daran geglaubt wurde, dass die Zukunft und die Gesellschaft architektonisch gestaltbar seien.



Ignazio Gardella, Rathaus, Pordenone

Herausgeber
Erscheinungsort

Distel - Vereinigung
Bozen

AUTONOME PROVINZ BOZEN SÜDTIROL PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO ALTO ADIGE

Deutsche Kultur

Präsident

Martin Hanni

Vorstand

Peter Paul Brugger, Gertrud Gasser,
Bernhard Nussbaumer, Reinhold Perkmann, Roger Pycha

Koordination,
Veranstaltungen
Presserechtlich

Hannes Egger, Haimo Perkmann

verantwortlich
Finanzierung
Graphisches Konzept

Vinzenz Ausserhofer
Christof Brandt
Gruppe Gut Graphics

Sekretariat

Hannes Egger

I- 39100 Bozen, Silbergasse 15
Tel. ++39/0471 - 977468

Fax ++39/0471 - 940718

info@kulturelemente.org

www.kulturelemente.org

E-mail
homepage

Fotolito Varesco Auer

Druck
Grafik

Media Grafik ++39 348 580 30 70

Bezugspreise

Inland: 3,5 Euro, Ausland 4 Euro

Abonnement

Inland: 22 Euro, Ausland: 29 Euro

Bankverbindungen

Südtiroler Landessparkasse Bozen:
IBAN: IT30 F060 4511 6010 0000 1521 300

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Südtiroler Landesregierung,

Abteilung Deutsche Kultur

Die **kulturelemente** sind eingetragen beim Landesgericht Bozen unter der Nr. 1/81
Alle Rechte sind bei den Autorinnen und Autoren. Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion und Angabe der Bezugsquelle erlaubt.

Autorinnen und Autoren

Roland Benedikter,
Professor für Soziologie,
Publizist und Philosoph,
Bozen / Stanford (CA)

Hannes Egger,
Künstler und Publizist, Lana

Judith E. Innerhofer,
Journalistin, Wien

Giorgio Mezzalira,
Historiker und Lehrer,
Mitglied Alexander Langer
Stiftung, Bozen

Marco Micheli,
Politikwissenschaftler, Pavia

Wolfgang Nöckler,
Autor und Musiker,
St.Johann/Ahrntal und
Innsbruck

Antonella Palladino,
Kunstkritikerin, Trent

Monika Weissensteiner,
Anthropologin, Kaltern

Das Italien Matteo Renzis

Das neue Buch von Roland Benedikter gibt auf über 500 Seiten den bislang umfassendsten Einblick in die Veränderung Italiens auf dem Weg von der Zweiten in die Dritte Republik

Roland Benediktors allgemeinverständliche, für alle Interessierten leicht zugängliche Landesstudie charakterisiert nicht nur den jüngsten und zugleich reformfreudigsten Premier in der Geschichte der italienischen Republik, Matteo Renzi (geboren 1975, im Amt seit 22. Februar 2014). Sondern sie schildert auch die entscheidenden Reform-Elemente, die Italien in seiner heutigen Übergangsphase von der „zweiten“ in die „dritte“ Nachkriegsrepublik kennzeichnen. Das Buch stellt die zentralen Erneuerungsstrategien Italiens in Politik, Wirtschaft und Kultur dar und gibt darauf aufbauend einen Ausblick auf die in den kommenden Jahren zu erwartende Entwicklung – mit oder ohne Renzi.

Roland Benedikter: *Italien. Matteo Renzis Reformen und der Weg von der zweiten in die dritte Republik. Strategien, Herausforderungen und Perspektiven der drittgrößten Volks-*

wirtschaft der Eurozone

Mit Vorworten von Oskar Peterlini, Anton Pelinka und Michl Ebner. Springer Verlag Politikwissenschaft, Berlin 2016 (Oktober), 545 Seiten.

Stimmen zum Buch

„Ein hoch willkommenes Buch zur aktuellen Entwicklung Italiens. Italiens Transformation ist ein bedeutendes Thema für Europa, das Benedikter in diesem wichtigen Text umfassend bearbeitet.“

Professor Claudio Fogu, MA PhD, Direktor des Italian Program, University of California at Santa Barbara

„Dieses Buch analysiert den angestrebten Übergang Italiens in eine dritte Republik in einer multidisziplinären Sichtweise. Benedikter konzentriert seine Analyse auf Matteo

Renzis Strategien, Italiens Politik neu zu ordnen, nachdem der Übergang Italiens von der ersten zur zweiten Republik die italienische Gesellschaft zwar stark beeinflusst hat, aber daran scheiterte, das Land neu zu beleben. Die Einsichten Benediktors in Renzis Schlüsselstrategien und Kommunikationspolitik im Zeitalter personalisierter Politik sind sehr leserwert.“

Professor Dario Castiglione, PhD, Associate Professor of Politics, University of Exeter, UK

„Politisch neutral, faktenbezogen, ausgewogen. Dazu höchst informativ, balanciert, moderat und weitsichtig in den Urteilen: Alles, was man sich von einer modernen Landesstudie wünschen kann.“

Professor Alessandro Campi, Direktor des Istituto di Politica und Herausgeber der Rivista di Politica, Rom



canzonisches Lied

(Wolfgang Nöckler aka SosoAsoso)

Italien, du bisch schu a hetzigs Lond
regioscht ati aswi fa Geischtohond
die Geischt obo wissn net wie tie
weil se nette va dia Welt san, ödo wie?

Italien, i trink giang va dein café
und i kimm a net ungiang va dio he
obo dou und sebm wa recht, es tat sich wos
atiemo bische a gonz schie völlis Foss (des ibolaft vielleicht)

af Mare Nostrum brauchsch net stötz zi sei
und korrumpeisch isch scheinbor a recht glei
des wangn Sochn, dej konnsch do ougiwehn
weil eigentlich kemmat i giang zi den

zi sougn dass de a schiens Lond bisch
und dass i di giang hezuag
weil viel va dio holt in mio isch
und unton Strich dogibsche an güitn Tuag

net la fo die Pizza, sondon a fo die Leit
es gebat ginüi in dio
obo muansch net a, es wa an do Zeit di gscheida auzifiong ...
Italia?

zwar kimm i gonz van Nordn, wou wo ondoscht reidn
wou die uan va die ondon sougn, na des san die Bleidn: dou reid i net
obo i hon giliang mit Reidn kimmp man zomm
und Grenzn ziechn freit ins a net long (i höffs amo, wenn höffn hilft)

atiemo bische schu awi zi schaam
obo wella Lond isch se net, weil olla drahns
a bissl an die Radlan va die Leit
des isch asöü, ibroul, zi jedo Zeit

wio hobm dej Wuschl holt, per me va bene, dai
fai parte, come altro più, fai parte fai
parole che mi fanno dire: io, sai
io parlo come tutti gli altri voi

non è che tutto ciò che fai mi piace, sai, ma sai
in qualche modo lo farai
se vuoi se vuoi se vuoi

essendo parte è che noi noi tutti, anche te,
potremmo far', decidere
che c'è, chi c'è, com'è... l'Italia...

